

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Bericht". Der Gesamtpreis beträgt bei freier Zelleitung ins Haus für den Monat Juni 42,- Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußland 70,- Mk., für das übrige Ausland 94,- Mk.

Die abgegebene Kopierkassette oder deren Raum kostet 18,- Mk., einschließlich Unterhalter. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Unterhalter. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12,- Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2,- Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Bersprecher Zentrum 152 00-153 00

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der Rieselgüter-Verpachtungs-Skandal

Nach Zeitungsnachrichten sollen einige der besten städtischen Rieselgüter bereits verpachtet werden, und zwar an bisherige Güterverwalter, die seither in städtischer Regie mit Defizit gearbeitet haben. Solche Tatsachen sind mehr als erstaunlich. Wenn die bisherigen Verwalter das Rezept gekannt haben, die Rieselgüterwirtschaft aus einer Defizitwirtschaft in eine hohe Ueberschüsse bringende Wirtschaft zu verwandeln, so war es ihre Pflicht und Schuldigkeit, dieses Rezept ihrer Brotherrin, der Stadt Berlin, mitzutellen. Und es war die Pflicht und Schuldigkeit des städtischen Güterausschusses, die Vorschläge der Verwalter gewissenhaft, allenfalls unter Hinzuziehung wissenschaftlicher Sachverständiger, zu prüfen. Merkwürdig zum mindesten ist noch das folgende: Zur Uebernahme großer Güter mit reichem Inventar gehören heute mindestens 1 bis 2 Tausend Millionen Mark. Güterverwalter pflegen im allgemeinen nicht schwerreiche Millionäre zu sein. Hier entpuppen sie sich als solche. Darfte da nicht die Frage gestattet sein, seit wann, wie, wodurch sie zu ihren Tausenden von Millionen gekommen sind? Wiederum war es Pflicht und Schuldigkeit des Güterausschusses, diese Fragen zu stellen. Oder sind die Güterverwalter bloße Strahmänner? Eine Verpachtung an Strahmänner ist nach bisherigen Vorschriften, wenigstens bei Staatsdomänen, gesetzlich unzulässig.

Nach Hörensagen sind die Güterverwalter einverstanden, die bisherigen Rieselwässer auch künftig zu übernehmen. Wie können sie das? Es dürfte wirklich schwer sein, einen Wirtschaftsplan zu entwerfen, bei dem um 10- bis 15fache mit Italien überdüngte Felder sich rentieren könnten. Sollte des Pudels Kern nicht ein anderer sein? Sollten nicht bereits bisher nicht verrieselte, in der Nähe der Rieselgüter belegene Grundstücke von Perionen, die den Rieselgüterpächtern nahe stehen, zusammengekauft oder zusammengepachtet sein? Der Profit würde dann darin bestehen, daß die zu dem üblichen billigen Preis zusammengepachteten, heute nahezu ertraglosen Grundstücke mit Hilfe des kostenlosen, an Pflanzennährstoffen reichen Rieselwassers in hochertragreiche umgewandelt werden können. Die Stadt Berlin wäre alsdann in doppelter Beziehung über's Ohr gehauen. Sie hätte 1. die Rieselgüter zu billig verpachtet und 2. sich um die Möglichkeit gebracht, die heute unrentablen, ertraglosen Landflächen zu einem menschenmöglichen Preise zu erwerben.

Man wird natürlich einwenden, daß das "Aptieren", d. h. die Herrichtung von Land für Rieselungszwecke, außerordentlich kostspielig sei und daß die Stadt Berlin gar nicht die Mittel hätte, teure, neue Rieselfelder anzulegen. Das Aptieren ist freilich ein teurer Spaß, wenn man es in der bisherigen Weise betreibt. Denn dazu gehört, daß kleine Landflächen von 1 bis 4 Morgen zunächst plantiert, d. h. in ganz genau horizontale Lage gebracht haben, sodann mit niedrigen Wällen von 1/2 bis 3/4 Meter Höhe umgeben und mit Abzugsgräben versehen werden. Diese Art Aptierung war notwendig, solange man nicht danach fragte, wieviel Rieselwasser landwirtschaftliche Höchsternten gebrauchen, sondern nur, auf wie wenig Bodenfläche man das gelieferte Rieselwasser versickern, d. h. unkommen lassen konnte. Die Administratoren werden natürlich längst wissen, daß man bei der heutigen landwirtschaftlichen Technik die Verteilung von Rieselwasser unvergleichlich billiger bewirken kann, wenn man nicht allzu große Mengen unterzubringen genötigt ist. Die Aptierung nach alter Methode kostete etwa 500 Goldmark auf den preussischen Morgen. Heute würde sie etwa 15 000 Papiermark ausmachen. Dagegen kosten die Vorrichtungen für die künstliche Beregnung kaum 1000 Mark für einen preussischen Morgen, natürlich, sofern das Wasser und der Wasserdruck vorhanden sind, was bei dem Berliner Rieselwasser der Fall ist. Es ist also äußerst billig und äußerst rentabel, an vorhandene Druckrohrleitungen neue Rieselungsanlagen anzuschließen. Da die Rieselwässer alle Pflanzennährstoffe in reichlichstem Maße enthalten (abgesehen von Kalzium und Phosphorsäure, die in künstlichem Dünger hinzugefügt werden können), so ist es zur Not angängig, ohne Nebeninventar auf neu anzulegenden Rieselfeldern zu wirtschaften, wenn es nämlich um Kapital für neue Anlagen geht. Sofern also die nötigen Flächen an schlechtestem Dedland zusammengekauft oder gepachtet werden können, die in der Umgegend von Berlin in reichstem Maße vorhanden sind, wäre das Rezept für

#### Eine Uebergangs-Anleihe für Deutschland

##### Eine kleine Anleihe für Deutschland?

Nach einer Meldung der "Dena" wird die Garantiekommision der deutschen Regierung einen Vorschlag der Reparationskommission überbringen, demzufolge Deutschland vorläufig eine kleine Anleihe unter gewissen Bedingungen gewährt werden soll. Als Garantie für diese Anleihe sollen die Guthaben Deutschlands in Amerika dienen. Diese werden in Paris auf circa 750 Millionen Dollars geschätzt, so daß die Anleihe immerhin etwa drei Milliarden Goldmark erbringen könnte. Die Voraussetzung für diese Anleihe wäre naturgemäß die Jumeckhaltung der Verpflichtungen, die die deutsche Regierung im Braburn-Abkommen eingegangen ist. Das Garantiekomitee wird deshalb in den Verhandlungen mit der Regierung zunächst die diesbezügliche Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zu prüfen haben.

##### Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee

###### Der Standpunkt der Reichsregierung

(D.N.) Berlin, 14. Juni.  
Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee werden, wie die "Dena" erzählt, wahrscheinlich am Montag oder Dienstag in Berlin aufgenommen werden. Die Regierung wird voraussichtlich dem Garantiekomitee erklären, daß sie durch die Verletzung der Anleihe zur Jumeckhaltung der von ihr gegebenen Zusage bezüglich der Fügierung der schwebenden Schuld nicht verpflichtet ist. Sie wird weiter erklären, daß es ihr Bestreben auch aus eigenem Interesse sein wird, die Vermeidung des Notenausfalls so sehr als möglich einzuführen. Abhängig ist diese Maßnahme selbstverständlich vom Stande der Mark. Sollte wider Erwarten ein großes Steigen des Dollars eintreten, so würde die Regierung sich nicht nur neuen Gehaltsforderungen der Beamten und Arbeiter und infolge dessen einer neuen Anspannung der Notenspreß gegenübersehen, sie würde vielmehr auch der Reparationskommission davon Mitteilung machen müssen, daß bei einem katastrophalen Zusammenbruch der Mark eine Finanzpolitik, die eine Sicherheit für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen bietet, nicht mehr durchgeführt werden kann. Bisher sind von der Regierung positive Maßnahmen zur Abwehr der Entwertung der Mark nicht getroffen, da die Regierung erst einmal die weitere Entwicklung der Markbewegung abwarten will. Sollte ein starkes Steigen des Dollars eintreten, so würden zunächst finanzielle Abwehrmaßnahmen in Frage kommen, die naturgemäß eine Anspannung des Devisenborsars der Reichsbank fordern und somit die Zahlungsfähigkeit der deutschen Regierung für die Reparationsleistungen stark beeinflussen würde. Auch diese Fragen werden mit dem Garantiekomitee besprochen werden.

##### Aussprache über die Reparationsfrage

(D.N.) Berlin, 14. Juni.  
Der parlamentarische Mitarbeiter der "Dena" schreibt: Heute vormittag tagte im Reichstag der Senatorenkonvent, um den Arbeitsplan des Reichstags festzusetzen. Der Reichspräsident Lohbe schlug vor, am Freitag den Zwangsanleiheentwurf zur Beratung zu stellen. Am Sonnabend sollte dann die Schlichtungsordnung beraten werden und am Montag die Getreidenulage. Der deutschnationalen Abg. Herzig fragte die Regierung, ob sie beabsichtige, zur Reparationsfrage sich zu äußern, und wann sie die große politische Debatte darüber herbeizuführen gedenke, eine Zersplitterung der Diskussion sei sowohl für das Parlament wie für die Regierung wenig opportun. Er schlug deshalb vor, daß diese Debatte bei der Beratung der Zwangsanleihe am Freitag vorgenommen werden soll. Der Reichskanzler erklärte, daß auch die Regierung zu vermeiden wünsche, daß eine Zersplitterung der politischen Diskussion eintrete und erklärte sich prinzipiell bereit, bei der Diskussion über die Zwangsanleihe auch die außenpolitischen Fragen und das Reparationsproblem zu erörtern. Da jedoch das Kabinett noch mitten in den Beratungen sei, so sei es der Regierung nicht möglich, schon am Freitag diese Aussprache vorzunehmen. Darauf wurde vereinbart, am Freitag in erster

billigste Aderwirtschaft das folgende: Man beschafft die Beregnungsanlagen für etwa tausend Mark auf den Morgen, bewirkt das Durcharbeiten, Durchpflügen des Bodens mit Dampf- oder Motorpflügen für höchstens 500 Mark den Morgen, beschafft für weitere 500 Mark die Saat und zuzufüßigen Kunstdünger und gebraucht noch vielleicht weitere 1000 Mark für die Bearbeitung und Pflege bis zur Ernte. Auf jeden Fall würden die Ausgaben sich im ersten Wirtschaftsjahre bezahlt machen. Zum mindesten würde der Dünge wert des Rieselwassers in der Höhe von 1400 Millionen Mark als Reinertrag für die Stadt Berlin übrig bleiben. Der Etat der Stadt Berlin wäre mit einem Schlage aus dem Defizit heraus. Allerdings gehört für die Bewertung aller Rieselwässer eine zusätzliche Fläche von mindestens 1/2 Million Morgen und ein Kapital von

250 Millionen Mark, das Arbeitssteuergesetz und die Neuregelung der Einkommensteuer, beides Initiativanträge der Parteien, ohne Debatte zu erledigen und bei der zweiten Lesung, die dann Mitte der nächsten Woche stattfinden soll, die politische Aussprache vorzunehmen. Die Parteien erklärten sich bis auf die Deutschnationalen damit einverstanden. Die Deutschnationalen hoben sich ihre Zustimmung noch vorbehalten. Die nächste Senatoren Sitzung findet am Dienstag statt.

##### Neue Note der Reparationskommission

Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung eine Note übersandt, in der sie die Erwartung ausdrückt, daß alle Dispositionen getroffen werden, um bis zum 1. Januar 1923 aus der Zwangsanleihe mindestens 40 Milliarden Mark Einnahmen zu erzielen.

Ueber die Mittel, mit denen die außerordentlichen Ausgaben der öffentlichen Vertriebe gedeckt werden sollen, erwartet die Reparationskommission Vorschläge. Damit die Unabhängigkeit der Reichsbank tatsächlich hergestellt werde, müsse die Bank nicht nur selbst unabhängig sein, sondern auch unabhängiges Personal haben.

Die Kommission sei der Auffassung, daß die Rechte der deutschen Regierung bei der Ernennung des Präsidenten und des Ausschichtsrats der Reichsbank sich nach der neuesten Regelung auf eine Kontrolle beschränken, die in Form eines einfachen Einspruchsrechtes ausgedrückt wird, und daß den Aktionären oder ihren Vertretern volle Freiheit bei der Wahl gelassen wird. Auf diese Bestimmung legt die Kommission großen Wert. Sie würde es sogar vorziehen, daß das Einspruchsrecht sich nur auf die Wahl des Präsidenten bezöge.

Die Reparationskommission verlangt nicht, daß sofort ein neues Gesetz geschaffen werde, falls die deutsche Regierung sich verpflichtet, diese Forderungen auf anderen Wegen durchzuführen.

##### Die Haager Konferenz

Die Poincaré französischen Pressevertretern mitteilte, wird Frankreich an der Haager Konferenz teilnehmen, zwar als stiller Beobachter, aber doch freilich bereit, den erbitterten Kampf zwischen französischer und englischer Auffassung durchzuführen. Poincaré ließ durchblicken, daß er mit dem Biado der Haager Konferenz rechne, aber Frankreich trage daran dann belibbe keine Schuld. Andererseits besagt eine Depesche aus Washington, daß Staatssekretär Hughes erklärte, die Vereinigten Staaten werden keinen offiziellen Beobachter nach dem Haag schicken.

##### Neue Verbrauchssteuern

###### Erfüllungspolitik auf Kosten der Beschloßen

Das Reichsfinanzministerium trägt sich, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, mit Plänen neuer Steuerentwürfen. In erster Linie dürfte dazu die Erhöhung der Umsatzsteuer sowie der Kohlensteuer gehören. Näheres über die Steuerpläne des Reichsfinanzministeriums verlautet im übrigen noch nicht.

Wie uns weiter berichtet wird, haben mehrere Parteien des Reichstags bereits in Aussicht gestellt, daß sie beabsichtigen, einen Antrag auf Abänderung der Erbschaftsteuer hinsichtlich einer Anpassung an die Geldentwertung im Reichstag einzubringen.

##### Der Schiedsspruch abgelehnt

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie ist von den Arbeitnehmern bei der am 12. Juni vorgenommenen Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden. Nach den bisher bekannten Ergebnissen haben 328 Betriebe mit 80 498 Stimmen abgestimmt. Für die Annahme waren 13 227 Stimmen, dagegen 60 294, unglücklich 1307 Stimmen. Die gewerkschaftlichen Verwaltungsorgane werden über die nunmehr geschlossene Lage Beschlus fassen.

mindestens 1 1/2 Milliarde Mark. Kann nun die Stadt Berlin dieses Kapital nicht auf einmal aufbringen, einige hundert Millionen wird sie bei einigem guten Willen schon aufbringen können. Auf den guten Willen kommt allerdings alles an. Nicht weniger von Verlang ist allerdings auch die Hinzuziehung von wissenschaftlichen Sachverständigen zu den Beratungen über das Schicksal der Stadtgüter. Bisher scheint man nur Interessenten angehört zu haben, deren Interesse dem städtischen Interesse entgegen gesetzt ist.

Offenkundig ist es noch nicht zu spät, hier Wandel einzutreten zu lassen. An der Mehrheitssozialdemokratie liegt es, zum ersten Male zu großzügigen, für die Gesamtheit, auch der Arbeiterschaft nutzbringenden Maßnahmen der U.S.P. die Hand zu reichen.

## Überall nationalistische Ausschreitungen

Genauso wie im Osten ist es am letzten Sonntag auch im Westen anlässlich einer großen antirepublikanischen Kundgebung von Kriegervereinen und Stahlhelmbünden zu blutigen Ausschreitungen gekommen.

In Gruitzen, einem kleinen Drie in der Nähe von Elberfeld, versammelten sich obengenannte Vereinigungen, die zum größten Teil aus dem heutigen Gebiet herabkönnen, um hier für Gott, für Kaiser und Vaterland zu demonstrieren. Das Auftreten der Antirepublikaner war hier wie überall außerordentlich provozierend. Am gleichen Tage fand in Gruitzen ein Gewerkschaftsfest statt, das bedeutend früher arrangiert war als die monarchistische Kundgebung. Gegen Abend kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem die Stahlhelmbänder ihre ganze Robeit offenbarten. Schwarz-weiß-rote Fahnen, die am Bahnhofgebäude sowie am Steigerurm der Feuerwehr geholt waren und von der Arbeiterschaft heruntergeholt wurden, gaben den Monarchisten das Signal zum Angriff. Unser Elberfelder Parteiorgan berichtet darüber wie folgt:

Der Führer der Stahlhelmeute, die mit Armee-pistolen, Gummitnüteln und Eisenstäben bewaffnet waren, gab plötzlich das Kommando zum Aus-zug. Die Stahlhelmeute gab auch sofort eine Anzahl Schüsse ab und stürzten dann auf die Arbeiterjugend ein und ergingen sich in schlimmen Miß-handlungen dieser wehrlosen Jugend. Ein junger Ar-beiter wurde an seinem eigenen Brotbeutelband an einem Gartenbaum aufgehängt, und er wäre zweifellos erstickt, wenn er nicht noch rechtzeitig aus seiner furchtbaren Lage befreit worden wäre. Zwei Autos grüne Polizei und Schulzente aus der Umgegend trafen gegen 8 Uhr abends in Gruitzen ein. Einige der Jugendlichen sind schwer verletzt. Weitere Einzelheiten über die Vor-gänge liegen noch nicht vor.

Teilnehmer berichten weiter, daß zwischen der grünen Polizei und den Stahlhelmeuten ein inniges Zusammen-arbeiten zu bemerken gewesen sei. In ihrem militärischen Haltung ersetzten die Stahlhelmführer den Sipo-Offizieren Bericht. Gegen den Versuch, festzustellen, wer den jugend-lichen Arbeiter am Gartenbaum aufgehängt, wandte sich die Schupo. Welche Folgen werden die Vorgänge in Gruitzen für die Monarchisten haben? Bestimmt keine ungünstigen. Die Arbeiter wird man möglichst bestrafen, die Mordtaten bleiben ungehört und erhalten damit einen Freibrief für weitere Robeitsakte ausgestellt.

## Die Steuerscheu der Hohenzollern

Die Steuerscheu der Hohenzollern ist nicht minder groß als die der ostpreussischen Junker von jeher war. Die Reichsregierung, die alles andere eher zu tun hätte, als dieser Steuerscheu mit Milde gegenüberzutreten, erklärte im Reichstags aus Anlaß einer kleinen Anfrage, es sei so ziemlich alles in Ordnung. Es habe allerdings eine endgültige Veranlagung der Hohenzollern nicht vorgenommen werden können, da infolge der Auseinandersetzungen des Doornet Unglücksdraben mit Preußen das Vermögen der Familie Hohenzollern beschlagnahmt sei. Die aus der vorläufigen Veranlagung fälligen Beträge seien jedoch gezahlt worden.

Der „Vorwärts“ weist demgegenüber dokumentarisch nach, daß die Hofkammerrente in Charlottenburg am 27. Mai 1922 dem Hause Hohenzollern den Vorschlag machte, aus den Ueberschüssen der hohenzollernischen Hauptverwaltung für das Jahr 1920, die sich auf die Kleinigkeit von 28 156 367,03 Mark belaufen, 10 Millionen zurück-zubehalten. Die Hohenzollern sind natürlich auf diesen Vorschlag sofort und bereitwillig eingegangen. Sie verfügten, daß von den zehn Millionen für Erbschaftsteuer bei der Kammerver-waltung nachgegeben werden, vier Millionen zur Verbesserung der Substanz und des Lebens und toten Inventars bei den Administrationen ebenfalls bei der Kammerverwaltung zwei Millio-nen, vier Millionen für Erbschaftsteuer bei der Hofverwaltung ver-bucht werden. Was ist das anderes als Steuersucht, wenn aus den Ueberschüssen solche Beträge einfach „verbaut“ werden? Auf diese Weise hat es die hohenzollernsche Hofkammer verstanden, ihren zu verfluchenden Reingehöru um mehr als 40 Prozent zu kürzen. Nirgends sieht man, daß sich eine Hand regt, das zu verhindern. Für Milliarden an Grund und Boden, Waldungen, Seen und Schloßern, Palais und Wohnhäusern, nach Holland verschobenener Wiesenflächen, kostspieligen ausländischen Teppichen, Erbsung aus Sachveräußerungen ist noch kein Pfennig Steuer bezahlt.

Wie der „Vorwärts“ überdies mitteilt, wird der Reingehöru der Hohenzollernschen Hauptverwaltung für das Jahr 1921 auf 60 Millionen Mark geschätzt. Für 1922 wird er sicher noch viel beträchtlicher sein. Wie die Gewinne steigen, ersieht man daraus, daß kürzlich bei einer Holzverksteigerung statt einer Million, die von der Hofkammer auskalluliert wurde, in Wirklichkeit sieben Millio-nen „verdient“ worden sind. Für Steuern auch nur einen Pfennig bereitustellen, hat man „vergessen“. Jährlich, der Hohenzoller weiß nicht nur in Dollar zu machen, sondern versteht es auch, seine Vaterlandsdrücke in „minderwertige“ Mark zu betätigen.

## Der Dollar-Wilhelm

Der klüchtige Hohenzoller in Holland hat für eine seiner früheren Wählprücke, die ja billig und geistreich sind, eine treffende Variation gefunden: Ich kenne nur noch D—ollar! Und da er urdeutscher Patriot ist, wollte er seine „Er-nerungen“ (die natürlich nicht er schreibt!) bei dem Blatt erhöhen, das die Deutschen als „Sunnen n. dal. m. ezeichnet, nämlich bei der englischen Northcliffe-Presse. Warum sollte Wilhelm seinem Freunde und zehnfachverwandten Ludendorff nachsehen? Er hatte aller-ings weniger Glück als Ludendorff. Wegen der hohen wderungen — es waren 1 Million Dollar — billigte er ab, sich Wilhelm lieb nicht locher, sondern wandte sich auch nach Amerika. Darüber schreibt jetzt die „D. A. Z.“:

„Die Verhandlungen zwischen dem Köblerschen Ver- lag in Leipzig einerseits und dem New Yorker Verlag Harper Brothers sowie Mac Cluws Newpaper Syndicate andererseits führten zu dem Resultat, daß die beiden vor- genannten amerikanischen Verlage gegen Zahlung von 250 000 Dollar das Alleinrecht zur Veröffentlichung der Erinnerungen Kaiser Wilhelms in englischer Sprache erwarben.

Das im ersten Kapitel mit der Entlassung Bismarcks beginnende Buch erscheint zum 1. November im Verlag von Harper Brothers in New York und von Cassel in London, während am 1. September die Veröffentlichung in 60 von Mc. Cluws Syndicate versorgten amerikanischen Zeitungen beginnt.

Dem aus dem Buch hohe Gewinne ziehenden Verlag Köbler verbleibt nach unserer Kenntnis nur noch das Ver- öffentlichungsrecht in Deutschland und Oesterreich.“

Danach sind also nunmehr auch die Hohenzollern vom „alles beherrschenden Geschäftsgeist des Judentums“ — wie die ganzen Teutonen sagen — vollkommen gefangen. Ja, ja nicht Rof noch Reifige sichern — — —

## Auch eine Verächtigung

Der Landgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt des Landgerichts Magdeburg senden uns folgende Verächtigung:

In dem „Die verbrannten Monarchistenfahnen. Ein uner-hört hartes Urteil gegen Arbeiter“ überschriebenen Artikel der Ausgabe Nr. 207 vom 7. Mai 1922 der „Freiheit“ ist ange-führt worden: „Ohne weitere Zwischenfälle vor dem Schloß wendete sich nun der Zug zum Dorfe zurück und forderte auch den anderen Wirtsbesitzern die Fahnen ab, die dann auf einem freien Platz verbrannt wurden. Kein Tropfen Blut floß dabei, und beschädigt wurden nur ein paar kleine Fensterscheiben und ein alter Torriegel bei einem Besitzer, der herausfordernd auftrat.“

Es ist nicht richtig, daß die Fahnen nur abgefordert und dann auf einem freien Platz verbrannt wurden.

Nach den Feststellungen des Urteils sind vielmehr Hof- und Haustüren erbrochen sowie Fensterscheiben und Fenster- sprossen zerschlagen worden, um gegen den Willen der Eigen-tümer in Hof und Haus einzudringen. In dem einen Falle sind 12 bis 15 Personen teils durch die gewaltsam geöffnete Tür, teils durch das daneben befindliche Fenster in die Woh-nung eingedrungen, nachdem die sechs Scheiben dieses Fen-sters mittels eines im Zuge mitgeführten Galgens oder mittels einer Fahnenstange eingeschlagen waren.

Den Inhabern der Wohnungen sind die nachher ver-brannten Fahnen abgenötigt worden, teils unter Ausnutzung des durch das drohende Verhalten der schreienden Menge entstandenen Schreckens, teils durch die ausdrückliche Drohung, daß alles sonst kaputtgeschlagen werde, teils durch Anwendung von Gewalt. Ein Wirtswirt und der An-gestellte eines Hofbesitzers wurden wegen der Beigerung, die Fahnen herauszugeben, durch Stockschläge mißhandelt.

gez. Rugel.

gez. Rasmus.

Diese sogenannte Verächtigung hat völlig daneben. Sie berichtigt teils Dinge, die in unserem Bericht gar nicht ent-halten sind, teils beruft sie sich auf Feststellungen des Urteils, die, wie so viele Urteilsfeststellungen deutscher Gerichte, für uns und für die große Mehrheit des deutschen Volkes völlig wertlos und durchaus nicht beweiskräftig sind. An der Tat-sache kann auch die Verächtigung des Landgerichtspräsidenten und Ober-Staatsanwalts nichts ändern, daß von dem Magdeburger Landgericht 15 Arbeiter wegen Verbrunnens der schwarz-weiß-rotten Monarchistenfahne zu Gefängnis-safen von einem Jahr bis herunter zu zwei Monaten ver-urteilt worden sind. Und der Landgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt werden durch noch so viele Verächtigungen uns und Millionen mit uns nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß das Urteil ganz anders ausgefallen wäre, wenn beispielsweise die Gefolgschaft der Helfferich und Bergt republikanische oder gar eine rote Fahne verbrannt hätte.

## „Vorwärts“-„Stumpfsinn“

Anlässlich des Bezirksparteitages der U.S.P. von Berlin-Brandenburg, phantasiert der „Vorwärts“ mal wieder über die „Krise in der U.S.P.“. Er zieht aus unserem Bericht über den Bezirksparteitag einige Stellen heraus und sucht aus ihnen mit hämischer Freude einen Witzgang zu konstruieren. Natürlich stellt er auch fest, daß die „Freiheit“ jetzt viel schlechter redigiert ist, als früher. Wir glauben gern, daß ihm früher die „Freiheit“ besser gefiel, da sie ihm auf keine seiner Anrempelungen unserer Partei antwortete.

Um einen Stillstand auf der ganzen Linie“ in der U.S.P. konstataren zu können, veröffentlicht er ohne Datumsan-gabe ein Zirkular über die Mitgliederziffern, das unsere Parteizentrale am 6. April 1921, also vor fast fünf-jährigen Jahren, nachdem die Wirkungen der Parteispaltung von Halle sich etwas hatten übersehen lassen, an die Be-zirke geschickt hat. Der „Vorwärts“ sucht den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um ein Zirkular aus der letzten Zeit. Eine armfertige Kompfmethode, durch die er die auch ihm bekannte Tatsache zu verschleiern sucht, daß die U.S.P. seit ihrem letzten Parteitag in Leipzig überall im Lande sich wieder festigt und gute Fortschritte macht, so-wohl in der Presse wie in der Organisation.

Trübselig stellt der „Vorwärts“ schließlich fest, daß der Bezirksparteitag von Berlin-Brandenburg die Politik der neuen „Freiheit“-Redaktion ausdrücklich gebilligt hat. Er verschweigt aber schamhaft, daß dort von 408 Anwesenden nur drei gegen das Vertrauensvotum für die neue Redaktion gestimmt haben. Das dürfen die „Vorwärts“-Referer ja auch nicht erfahren, damit sie weiter das stumpf-sinnige Märchen von der „Krise in der U.S.P.“ glauben.

Ungewollt verspottet der „Vorwärts“ zum Schluß noch die heutige Koalitionspolitik seiner Partei — das bekannte Seitenstück zum Säuloblock, dieser „Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen“, wie ihn der alte Träger seinerzeit genannt hat, — als Lebewesen vorn Pferd und hinten Auto“.

Diese unfreiwillige Selbstironie veröhnt uns etwas mit dem sonstigen „Stumpfsinn“ des Stampfer-Blattes, das sich in seiner letzten Nummer wieder mal in persön-lichen Anrempelungen gegen Genossen Ledebour aus-tobt, die so niedrig sind, daß auch jeder rechtssozialistische Arbeiter sie verächtlich finden wird.

## Auslandspreise gegen Inlandswucher

Der Wucher beherrscht den deutschen Markt. Das ist der freien Wirtschaft zu danken. Freie Wirtschaft ohne freie Konkurrenz führt stets zur Ausplünderung. Die Vor-gänge auf dem Zuckermarkt reden hierfür eine deutliche Sprache. Das Reichsernährungsministerium hat sich ge-nötigt gesehen, um den Verbrauchern wenigstens zu Welt-marktpreisen Zucker zu verschaffen, die Zuckerandfuhr frei-zugeben. In Berlin kostet der Zucker heute 18—25 Mark das Pfund. Vereit Ende Mai, also unmittelbar nach der Einfuhrfreigabe, wurde dem Hamburger Großhandel Aus-landszucker für 12,50 M. das Pfd. angeboten. Der Auslands-zucker kann also für wohl zu einem Preise gleich dem gegen-wärtig niedrigsten Inlandszuckerpreise verkauft werden. Damit wäre der Zuckerpreis dann einfallen auf das 40-fache des Friedenspreises gelangt. Das ließe sich ertragen, wenn auch die Löhne im gleichen Maße steigen wären. Aber diese sind über den 20-fachen Betrag nicht hinausgekommen.

Hermes' Unterernährungspolitik hat es herrlich weit ge-bracht. Den Wüßern wurden süßen Weines wegen von Hermes große Mengen Zuckers zugewiecen, die dem Haus- gebrauch entzogen worden waren; den Getreideproduzenten

und sonstigen Beherrschern des Ueberrichtmarktes wurde ein fetter Happen nach dem anderen hingeworfen und den deutschen Agrariern und Wüßern die Goldschränke bis obenhin gefüllt. Der hungernde Magen der auf Lohn und Gehalt Angewiesenen aber blieb leer. Daneben ist man kramphast am Werk, den durch Unterernährung und Wirt-schaftskrisis körperlich zerrütteten Weibern, Angestellten und Beamten den Köstludentag zu rauben. Wenn die arbeitende Bevölkerung sich nicht endlich auf ihre Macht besinnt, die ihr natürlich nur aus geschlossenem Ziel- und Klassenbewußtsein Vorgehen erwächst, dann geht sie dem sicheren und völligen Ruin mit Riesenschritten entgegen.

## Wie Kapitalisten gemacht werden

Die „Staatsbürgerzeitung“ braucht Geld

Die „Staatsbürgerzeitung“, mit Herrn Rebus an der Spitze, ist nicht nur der Meinung, daß wir in Deutschland einen Ueberschuß an Demokraten, sondern daß auch manche Leute Ueberschuß an Geld haben, woran es ihr offensichtlich fehlt. Damit dem Ueberschuß an Demokraten abgeholfen werde, fordert Rebus auf, ihnen mit dem Schießsegen zu Leibe zu gehen. Etwaigen Ueberschuß an Geld sucht die „Staatsbürgerzeitung“ durch folgenden Aufruf abzuleiten:

Wer sein Geld retten will vor der galoppierenden Ent- wertung, übergebe es der Sparaktion der Staats- bürgerzeitung (G. Z., Breite Str. 4). Diese zahlt 10 Prozent Zinsen vierteljährlich oder 40 Prozent jährlich.

Die Sicherheit für das Spargeld beruht in der Tatsache, daß es sich um die Wohlfahrtseinrichtung einer Berliner Zeitung handelt, die seit 1884 besteht und trotz des jüdischen Popkotts und der Verfolgungsdumst der verjudeten Monarchie — die Staatsbürgerzeitung war während des Krieges von 1914—17 milliardärch unterdrückt — nach wie vor weiter besteht und als Pionier der nationaldemo-kratrischen Idee täglich neue moralische Eroberungen macht.

Die Staatsbürgerzeitung will im Gegensatz zum Sozialismus aus jedem Bürger einen Kapitalisten machen.

40 Prozent ist kein Papientitel, wird mancher denken. Und darauf baut offenbar die „Staatsbürgerzeitung“. Sie läßt daher dies verlockende Versprechen den Strahlen- possanten in Form von Loszetteln in die Hand drücken. Klante versprochen noch mehr. Er wurde aber erst durch seine Nichterfüllung wirklich berühmt. Die Not der „Staats- bürgerzeitung“ muß riesengroß sein, wenn sie sich jetzt ge-nötigt sieht, 40 Prozent zu bieten. Sie verspricht zwar, zum Danke dafür aus jedem Bürger einen Kapitalisten zu machen. Klante verfolgte praktisch denselben Weg. Er wurde auch zum Kapitalisten. Nur war die Herrlichkeit nicht von langer Dauer. Ob der „Staatsbürgerzeitung“ mehr Glück beschieden sein wird?

## Dämmigs Befinden

Wie uns auf Anfrage im Birchow-Krankenhaus mitgeteilt wird, hat sich das Befinden des Reichstagsabgeordneten Genossen Dämmig, der am Dienstag während der Reichstags-sitzung einen Schlaganfall erlitten hatte, wesentlich gebessert. Der Schlaganfall hatte eine linksseitige Lähmung zur Folge. Genosse Dämmig konnte gestern, im Gegensatz zum Dienstag, wieder sprechen, wird aber einer längeren Schonung bedürfen.

## Eigenartige Berichterstattung

Schon mehrfach wurde in der Presse gegen die tendenziöse Be- richterstattung über die Sitzungen des parlamentarischen Unter-suchungsausschusses gegen den Reichsminister Dr. Hermes Stellung genommen werden.

Ganz besonders ist dies auch bei dem Bericht über die Dienstag-Sitzung der Fall. Es entspricht weder der Bedeutung der Aussagen, noch der zeitlichen Abmessung, wenn die Aussagen in der Zeitung, die eine Entlastung bringen, wie die des Direktors Faust und des Staatssekretärs Huber, zwei Drittel des amtlichen Berichts ein-nehmen, während die Aussage des Hauptzeugen Regierungsrat Rattie, der als persönlicher Mitarbeiter des Ministers Hermes als einziger von allen Beteiligten genaue Kenntnis von allen Einzelheiten der Weinoffäre hat, knapp mit 12 Zeilen abgetan wird. Noch schärfer tritt aber, wie schon der Vergleich mit dem Bericht einer anderen auch bürgerlichen Korrespondenz ergibt, die tenden- ziöse Darstellung des amtlichen Berichts in Erscheinung, wenn dort kein Wort davon steht, daß die Aussage des Ministerialdirektors Heukamp die Darstellung des Ministers Hermes, wonach nämlich der Weintrauf durch den Zeugen vermittelt worden sei, als völi- lig unhaltbar bezeichnet hat.

Auf der gleichen Höhe der Berichterstattung steht es, wenn an Stelle der Aussage des obwesenden Weinreferenten Dr. Diel dessen Opposition gegen die Sonder-Zuckerzuteilung protokolllarisch feststeht, die noch während der Ministeramtigkeit des Herrn Hermes von seinem damaligen Untergebenen seierlangte Erklärung verlesen wurde, wonach Diel behauptet, daß nach seiner Erinnerung eine Vorzugung nicht stattgefunden habe.

Vertunderlich wäre diese Berichterstattung, wenn sie die des Vereins deutscher Zeitungsvetleger wäre, der dafür seinen Namen hergibt. Nicht verunderlich aber ist sie, wenn man weiß, was jeder Journalist weiß und wußte, daß dieser hier gezielte Be- richt amtlichen Ursprungs ist, d. h. von Regierungs-Pressevertretern, noch dazu von solchen, deren dienstliche und persönliche Beziehungen zu Hermes besonders eng sind, dem Verein deutscher Zeitungsvet- leger diktiert wurde. Es ist höchste Zeit, daß sich die deutsche Presse einer derartigen Beeinflussung durch amtliche, mehr oder minder interessierte Stellen entzieht, ganz abgesehen davon, daß wir die Aufgabe amtlicher Pressestellen nicht in der Benachteiligung einer objektiven Berichterstattung erblicken.

Bei einem solchen amtlichen Bericht ist es natürlich nicht ver- wunderlich, wenn das „Südherr-Mittelblatt“ davon heranzieht, daß die Aussagen der Regierungsräte Rattie und Diel sehr günstig für Dr. Hermes lauten — wobei Dr. Diel überhaupt nicht bernom- men wurde und die Aussage des Regierungsrats Rattie nicht wen- ger als günstig für den Herrn Minister und seinen Weintrauf war.

## Berächtigung

In unsere gestrige Notiz über Lenins Nachfolger haben sich zwei sinnhörende Fehler eingeschlichen. Stalin ist nicht türkischer Nationalist sondern russischer Staatsbürger- georgischer Nationalist. Ferner wird nicht Kamensky sondern Stalin, eben der Mann mit der „elernen Faust“ die Führung im Dreier-Komitee haben.

# Deutscher Reichstag

Sitzung vom Mittwoch, den 14. Juni 1922.

Präsident Eberth eröffnet die Sitzung 10 Uhr 15 Min. Die von unserer Fraktion anlässlich der Vorgänge bei den monarchistischen Vorgängen in Königsberg i. Pr. und Drüben eingebrachte

## Interpellation

wird, wie ein Regierungsvertreter mittels, in der geschäftspräsentation vorgeschriebener Zeit beantwortet werden. Das Gesetz über Geldstrafen in der Reichsverfassung und im Versicherungsrecht wird dem Reichstag vorgelegt.

Der Gesetzentwurf betreffend Lohnstatistik wird dem Reichstag vorgelegt. Der Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung der Gerichte dem Reichsausschuss übergeben.

Fortsetzung der Beratung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Abg. Renthauer (D. Sp.): Der Gesetzentwurf ist ein wichtiger Schritt, der die Jugend vor der drohenden Gefahr des Verfalls durch die mangelnde Erziehung und die unzureichende Fürsorge zu retten soll.

## Abg. Renthauer (D. Sp.):

Als das Gesetz und feinerzeit hier vorgelegt wurde, haben wir es mit Freude begrüßt, da durch diesen Entwurf die einzige Möglichkeit geschaffen werden konnte, um in das Chaos der vielen Bestrebungen zur Pflege der Jugend eine einheitliche organisatorische Einheit und systematische Ordnung zu bringen.

von diesem Gesetzentwurf außerordentlich enttäuscht worden. Die ursprüngliche Absicht der Reichsregierung, die in dem dem Reichstag zugegangenen Gesetzentwurf ausgedrückt ist, war, ein einheitliches, befähigendes, gesichertes Reichsjugendwohlfahrtsgesetz zu schaffen.

Nach der Vorlage des Ausschusses soll das Reichsjugendamt durch einen Reichsbeirat für Jugendwohlfahrt im Ministerium des Innern in Verbindung mit der Reichsregierung gebildet werden. Das entspricht nicht der Bedeutung, die diese Bestimmung ist der einheitliche organisatorische Aufbau unterbrochen worden.

Meine Freunde verkennen nicht, dass eine Unmenge Arbeit für die Jugend in den freien Vereinigungen geleistet worden ist. Sie ist aber geleistet worden für die Kinder der Väter, durch deren Arbeit und durch deren Erzeugung von Gliedern der bürgerlichen Gesellschaft ein vorteilhafter Genuss des Lebens geschaffen worden ist.

Meine Freunde verkennen nicht, dass eine Unmenge Arbeit für die Jugend in den freien Vereinigungen geleistet worden ist. Sie ist aber geleistet worden für die Kinder der Väter, durch deren Arbeit und durch deren Erzeugung von Gliedern der bürgerlichen Gesellschaft ein vorteilhafter Genuss des Lebens geschaffen worden ist.

## Zu einer Wohnung, wo keine Sonne ist, da kann keine Sonne der Erziehung sein.

Wir müssen positive grundsätzliche neue Erziehungsarbeit leisten. Und deswegen begrüßen wir uns nicht damit, dass jedes deutsche Kind nur ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit haben soll.

Wir brauchen nur die Erziehung der Jugend zu sozial verantwortlichen Menschen.

Wir wollen eine wirkliche, von unten aufgebaute, organisch nach oben hin wachsende öffentliche Fürsorge für die Jugend.

Nach dem Abg. Frau Ebers (Dem.) und Frau Lang-Drummann (D. Sp.) spricht Abg. Heydemann (D. Sp.): Dieses Gesetz dient nicht der Arbeit- und Gemeinschaftserziehung der Jugend.

erziehung der Jugend. Durch den Entwurf wird nicht einmal der rechtliche Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern beseitigt.

Staatssekretär Schulz bittet um Ablehnung der Abänderungsanträge zum § 1.

Der grundlegende § 1 des Entwurfs wird in der Ausschussfassung angenommen, desgleichen § 2, der die Organe der öffentlichen Jugendfürsorge bestimmt.

In der Spezialberatung begründet die von unserer Fraktion gestellten Anträge

## Abg. Frau Sturm (U.S.P.):

Wir fordern, dass die Erfindungen nach der Führung ehemaliger Fürsorgezöglinge nicht durch Polizeibeamte geschieht, da das für die Jugendlichen äußerst demütigend und ihnen in ihrem Fortkommen meist bei ihren Unternehmern sehr schädlich ist.

Gut geleitete Anstalten können es nur begrüßen, wenn Vertreter der Jugendämter kommen.

Alle von der Unabhängigen Fraktion gestellten Abänderungsanträge werden abgelehnt. Mit einigen kleinen Änderungen wird das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Zulassung der Frauen zu den Beamter- und Diensten der Rechtspflege wird dem Reichsausschuss überwiesen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung erhebt sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Herg (U.S.P.) widerspricht diesem Vorschlag, da die Fraktionen noch keine Gelegenheit gehabt haben, zu dem noch nicht im Druck vorliegenden deutschnationalen Antrag Stellung zu nehmen.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Tagesordnung: Kleine Anfragen, kleine Vorträge, Zwangsanleihe, Initiativanträge der Unabhängigen zur Änderung des Einkommensteuergesetzes.

# Preussischer Landtag

Sitzung vom Mittwoch, den 14. Juni 1922.

Das Haus beginnt mit der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs über das Hebammenwesen.

Frau Abg. Gebhard (Str.): Wir begrüßen den Gesetzentwurf, der nicht schlecht ist, wie ihn Frau Ege hingestellt hat.

Abg. Quast-Basem (Dn.): Wir sind gegen die Verbeamtung der Hebammen.

## Abg. Dr. Benz (U.S.P.):

Der vorliegende Gesetzentwurf ist noch keine völlige Reform zu einem einwandfreien Zustand.

Wir verlangen eine umfassende Reform auf dem Gebiete der Geburtshilfe, verbunden mit einer durchgreifenden Fürsorge für Schwangere, Kreißende und Wöchnerinnen.

Wir dürfen heute feststellen, dass es der Werbekraft demokratischer und sozialistischer Gedanken gelungen ist, dass auch die Vertreter der Rechten und der Mittelpartien sich diesen Gesichtspunkten bemächtigt haben.

grundsätzlich die unentgeltliche Hebammenhilfe für alle Frauen.

das Mitbestimmungsrecht der Hebammen in den Kreis-

Provinzialhebammenstellen. Die Hebammen, die bei Infratriten des Gesetzes das 65. Lebensjahr erreicht haben, haben einen Anspruch auf Ruhegeld in Höhe von zwei Dritteln des Ruhegeldes der Bezirkshebammen.

Abg. König (D.): Wir verlangen freie Entbindung für jede Frau.

Frau Abg. Kuneert (U.S.P.): Wir hoffen, dass das Gesetz dazu beitragen möge, die Gesundheit von Mutter und Kind zu schützen.

Unnötigerweise folgt die Einzelberatung der vorliegenden Anträge und Paragraphen.

Frau Abg. Kuneert (U.S.P.): Wir verlangen, dass die Kreishebammen entscheidenden Einfluss auf das Hebammenwesen bekommen.

Wir verlangen, dass die Hebammen sich mit keinerlei Nebenarbeit beschäftigen dürfen. Sehen Sie sich beispielsweise die rissigen Hände einer nebenberufstätigen Hebamme an und Sie bekommen einen Begriff davon, wie die Vorschriften über Reinlichkeit beachtet werden.

Der Antrag der U.S.P., die Hebammen in Gruppe VII einzureihen, wird gegen die Stimmen der U.S.P. auch von den Reichssozialisten abgelehnt.

Frau Abg. Kuneert (U.S.P.): Die Hebammen müssen im Alter vor Not und Sorgen geschützt werden.

Über die außer der Reihe vorgenommene Abstimmung über den Wohlfahrtsrat werden wir morgen berichten.

Als Berichterstatter für den Etat des Innenministeriums sprach Abg. Heimann (Soz.), nach ihm als erster Debatte.

Das Haus vertagt sich wegen des Frohnleichnamfestes auf Freitag, den 16. Juni, mittags 12 Uhr.

# Die Agitation gegen die Republik

(Eine Interpellation der U.S.P.)

Die monarchistischen Kundgebungen gegen die Republik, die sich in den letzten Wochen häufen und gewissermaßen Vorkämpfer eines beabsichtigten größeren Gewaltzieles sind, haben unsere Genossen im preussischen Landtag veranlasst, folgende große Anträge zu stellen:

Die Agitation der monarchistischen Geheimbünde hat in den letzten Wochen außerordentlich gefährliche Formen angenommen. In fast allen Provinzen verankert die nationalistischen Organisationen, zum Teil unterstützt von behördlichen Organen, Kundgebungen gegen die Republik.

In Preußen zur blutigen Zusammenkunft mit der Reichswehr gekommen. In Berlin bei Berlin haben die monarchistischen Provokateure tätige Auseinandersetzungen mit der sozialistischen Jugend hervorgerufen.

Sind der Staatsregierung diese Vorfälle bekannt? Ist sie darüber unterrichtet, dass alle diese monarchistischen Kundgebungen planmäßig organisiert sind und zentral geleitet werden?

Welche Maßnahmen hat die preussische Staatsregierung ergriffen, um die planmäßig betriebene Agitation der monarchistischen Geheimbünde zu unterdrücken und den Schutz der Republik endlich wirksam zu betreiben?

Aus welchen Gründen ist der Stahlhelmbund, der nachweisbar militärischen Charakter hat, also eine verfassungs-widrige Organisation ist, noch nicht aufgelöst?

Ist sich die Regierung der Folgen bewusst, die eintreten müssen, wenn die Arbeiter von den Regierungsorganen im Stich gelassen, zur Selbsthilfe zerkleinert, um die Republik vor den Bedrohungen monarchistischer Verbände eigenhändig zu schützen?

# Sinnespartei und Regierungsmassnahmen

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, bekanntlich ein offizielles Organ der „Deutschen Volkspartei“, schreibt zu den Vorgängen in Königsberg:

Wir freuen uns besonders, feststellen zu können, dass sich die Behörden mit Einschluß des Oberpräsidenten, städtische Körperschaften, Universitäten und Schulen durch die Maßnahmen der Regierung nicht von der Teilnahme an der Feyer für Hindenburg haben abhalten lassen.

Wir freuen uns auch, dass die in Königsberg stehende Reichswehr, wie es sich gebührt, vor dem Feldmarschall eine Parade abgehalten hat.

Wir dieser Partei seien die Rechtssozialisten bekanntlich in einer Regierung zum Schutze der Republik. — Wir begreifen daher den „Vorwärts“ sehr gut, wenn er die unangenehmen Reaktionen seiner Koalitionsgenossen benutzt, um unsere Partei anzugreifen.

Das dritte durch Register vermehrte Auflage: Soeben erschienen! Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Das grundlegende Werk des wissenschaftlichen Sozialismus, lesbar u. verständlich gemacht durch die allgemeinverständliche Ausgabe von Julian Borchardt. Preis kart. 75,-, in Leinen geb. 110,-. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. (vorm. A. Seehof & Co.), Berlin C. 54.

# Reise- und Sportkleidung!

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind.

**Reise-Ulster und Schlüpfier** aus Homespun, Fächgrät u. Cheviotstoff. in mod. Ausf. von M. 850 bis 900<sup>00</sup>

**Sport-Paletots** aus Covercoat und Cheviot von M. 3000 bis 1650<sup>00</sup>

**Reiseanzüge** aus guten strapazierfähigen Stoffen in den neuesten Mustern und Farbenstellungen von M. 1900 bis 1200<sup>00</sup>

**Promenadenanzüge** nach den neuesten Modellen verarbeitet, tadelloser Sitz von M. 4000 bis 2000<sup>00</sup>

**Cutaways und Westen** aus besten marengo Stoffen und schwarzen Stoffen von M. 2700 bis 1900<sup>00</sup>

**Sport-Anzüge mit Breecheshose** aus Manchester von M. 2100 bis 1500<sup>00</sup>

**Sport-Anzüge mit Breecheshose** aus farbigem Loden oder anderen schön gemusterten Stoffen von M. 1900 bis 950<sup>00</sup>

**Sport-Anzüge** aus prima Stoffen, erstklassige Verarbeitung, mit Breeches oder langer Hose von M. 3300 bis 2000<sup>00</sup>

**Doppelmäntel** v. beid. Seiten zu trag., als Ulster od. Regenmantel v. M. 3300 bis 2200<sup>00</sup>

**Loden - Pelerinen** aus festem Strichloden von M. 1100 bis 900<sup>00</sup>

**Ruder-Jackets** aus gutem blauen Cheviot von M. 1200 bis 1000<sup>00</sup>

**Hosen** verschiedenster Art, aus Cheviot od. Kammgarn, in vielen schönen Streifenmustern von M. 900 bis 200<sup>00</sup>

**Sporthosen** aus Manchester, Homespun u. ähnl. Stoffen, Breechesform v. M. 700 bis 450<sup>00</sup>

**Tennishosen** in Baumwolle 300<sup>00</sup> in Wolle von M. 500 bis 600<sup>00</sup>

**Lodenmäntel** aus eleganten Strichloden, wetterfest, f. Damen u. Herren, auf Reisen unentbehrlich, für den Aufenthalt am Seestrand, im Gebirge und Kurort sehr geeignet von M. 1500 bis 850<sup>00</sup>

**Knaben - Stoffanzüge** in mannigfaltigen Mustern und Ausf. von M. 800 bis 250<sup>00</sup>

**Knaben-Waschanzüge** aus Satin, Regatt, Perkal usw. in jeder Form von M. 450 bis 190<sup>00</sup>

**Burschen-Stoffanzüge** in Jackett- und Sportform, auch mit Breecheshose, in den schönsten Mustern von M. 1800 bis 320<sup>00</sup>

**Burschen-Waschanzüge** aus festen Drell- oder Zwirnstoffen von M. 500 bis 240<sup>00</sup>

**Jünglings-Anzüge** in Jackettform, aus guten Wollstoffen, modern verarbeitet von M. 2000 bis 900<sup>00</sup>

**Jünglings-Anzüge** in Sportform m. Breecheshose aus Homespun und Fischgrätstoffen von M. 2100 bis 1000<sup>00</sup>

**Stroh Hüte u. Filzhüte, Trikots, Rucksäcke, Badeanzüge, Sportgürtel, Stöcke** in großer Auswahl, sehr preiswert!

Anfertigungen nach Maß unter Leitung erprobter Meister

## BAER SOHN

Livree für Behörden, Banken u. industrielle Unternehmungen

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

### Theater u. Vergnügungen

**Volksbühne** 7 1/2 Uhr  
**Die Ratten**

**Neues Volks-Theater** 7 1/2 Uhr  
Röbener Straße 68  
**Schüler Aiolos**

**Staats-Theater** 8 Uhr  
Opernhaus 6 Uhr  
**Ritter Blaubart**

**Schaufpielhaus** 7 1/2 Uhr  
Lampertz Vagabonds

**Deutsches Theater** 7 1/2 Uhr  
Furtach und Parinutter  
**Kammerspiele**  
9 1/4 Uhr  
**Vatermord**

**Großes Schauspielhaus** 7 1/2 Uhr  
**Die versunkene Glocke**

Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler im meisters Kreisler Theater i. d. Königstr. Tägl. 8 Uhr

**Komödienhaus:** 8 1/2 Uhr  
**Gretchen**  
Gässner, Roberts

**Berliner Theater** 7-8 Uhr  
**Madame Flixi**

**Walhalla-Theater** 7 1/2 Uhr  
Gasthaus zur Liebe

**Wallner-Theater** 7 1/2 Uhr  
**D. beiden Nachtigallen**

**ROTTER-BÜHNEN** Täglich 8 Uhr  
**Residenz-Theater**  
**Eine Frau ohne Bedeutung**

**7 1/2 Trianon-Theater**  
**Moral**  
v. Luise Thoma

**Theater am Nollendorfsplatz** 7 1/2 Uhr  
**Verliebte Leute**

**Theater des Ostens** (Besse-Theater) 8 Uhr  
Berlin - Wilm. - Hauptbahnhof

**Berliner Prater** Kastellan-Allee 7/9  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Die Prinzessin vom Nil**  
Operette in 3 Akten, dazu Spezialitäten-Programm, Beginn d. Konzerts 4 1/2 U.

**Theater am Koilbussortor** Tägl. 7 1/2 Uhr  
**Elite-Sänger**  
Volkspreise

### Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108 114

Donnerstag, 15. Juni 1922

## Elite-Tag

Gr. Konzert u. Varieté-Vorstellung

14 Risico-Attraktionen und

**Großes Riesen-Brilliant-Feuerwerk** vom Pyrotechniker Emil Nielandt

Im Neuen Saal: **Ball** Einlaß 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.

**Zahngelbes!** Platin-, Gold-, Silber-, Nickel-, Quersilber-, Stanniolpapier, Zinn! Goldtrumpfsche Kauf zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

### Rauchtabak

Pfund 18 Mark

Wellenb. . . 20 Mk.  
Schwarz, Krausen 22 Mk.  
Dorferke . . . 23 Mk.  
Gold Schag. . . 27 Mk.

Rund Gr. Hamburger Straße 1.

**Edelmetalle**  
kauft hohe Preise, Oberstr. 1, Reichendörfer Str. 107.

**Altmittel**  
kauft Brunnenstr. 12

Sämtliche **Metalle**  
kauft v. Gewerbetreibenden, Händlern u. Fabriken  
Schulzendorferstr. 2

## Erster Verkäufer

für die Abteilungen

### Möbelstoffe und Innendekoration gesucht

Herrn, die die Möbelstoff- und Innendekurationsbranche genau kennen, wollen sich melden in der Zeit von 11-12 vor. u. 5-7 nach.

**Kaufhaus des Westens**  
Berlin W 50  
Tauentzienstr.

### Berliner Volks-Chor

Am Montag verschied unser langjähriges Mitglied Herr Emil Congner. Die Entschuldig. findet am Freitag nachmittags 4 1/2 Uhr in Baumsholenweg statt. Rege Teilnahme der Mitglieder erwartet.

Der Vorstand.

### Berichtigung der Bilanz 1920

Die Geschäftsguthaben der Genossen hat sich im Laufe des Jahres um 222 564,84 M. vermehrt.

Die Haftsumme der Genossen hat sich im Laufe des Jahres um 38 728,40 M. vermehrt.

Die Gesamthaftsumme betrug am 31. 12. 1920 204 786,80 M.

Gemeinnütziger Obd. u. Heimstättenverein „Frei-Land“, a. S. m. B. Müncheberg i. M.

Der Vorstand: H. Grössler, K. Bork.

### Bilanz per 31. Dezember 1921.

Aktiva:	Passiva:
Lagerverräte 112211,90	Anteilguthaben und Darlehen 160172,50
Maschinen u. Betrieb 36475,-	Kreditoren 43198,30
Inventar 2400,-	Rückstellungen 10851,-
Kassenbestand 111,11	Reingewinn 2901,09
Debitoren 6725,70	
<b>Mk. 217123,70</b>	<b>Mk. 217123,70</b>

Bei der Gründung 11 Genossen. Zu- und Abgang 0. Gesamtsumme am 31. 12. 21 Mk. 1100,-

„Runder“ Berliner Waldhorn-Witzmacher-Vergnügungsverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Berlin N 54, Brunnenstr. 24.

Der Vorstand: Franz Meyer, Jacob Martini.

## „Arbeiter-Sport“

Wochenchrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartellverbandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport“ vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. Der „Arbeiter-Sport“ wirkt in dem Bewußtsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kampferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport“ wendet sich gegen alle bürgerlichen Sport-Organisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflüchtung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden.“

Jeder Klassenbewusste Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport“ Er ist das einzige Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport“  
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 105

### Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Dbl. Frankfurt-Allee

Gegründet 1875

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solid er Ausführung

Komplette  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
einfachen und besseren Genres

**Küchen** farb. u. naturglasiert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

### Zeifeld Stecher

6- und 8-fach, handt. Handb. M. Steckelmann, Berlin W 9, Fehlbauer Str. 135 (Kühn 9759)

### Trünouga Konfitüren

mit an Grossisten!

Eckardt & Neuschaefer, Fabrik und Kontor: Berlin O 27, Krautzstr. 4-5 Tel. Alex 8257

### Heilanstalt

für inn. u. äuss. Krankheiten, Nervosität, Mag. u. Verdauungsschwäch., Mattigkeit, Angstgefühl, Kopf- u. Rücken-schmerz., Herz-, Nier-, Leber- u. Gallen-, Haut-, Harn- und Frauenleiden, Syphilis, schnelle, schmerzlose Behandlung.

Untersuch. u. Berat. kostenlos.

**G. Andres**, str. 147, 1. Et. Spreehat. 9-1 u. 3-5.

### Tüchtige Kontoristinnen

jüngere, nicht unter 17 Jahren, mit schöner Handschrift sofort gesucht.

Meldung: 1-2 Uhr mittags 5-6 Uhr nachm.

**A. Jandorf & Co.**  
Gr. Frankfurter Str. 113

**Servus**, merke sich ein jeder, putzt die Schuh, erhält das Leder.

Oppen Heide, Lützowstr. 6, Berlin-Lichtenberg

## ZUR FRAGE DER EINHEITSFRONT

Die proletarische Einheitsfront (Aufruf und Leitsätze der Exekutive der K. I.) Preis Mk. 1,20

Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der K. I.) Preis brosch. Mk. 30,-, geb. Mk. 35,-

Karl Radek: Genua, die Einheitsfront des Proletariats u. die Kommunistische Internationale Preis Mk. 10,50

G. Sinowjew: Alte Ziele - neue Wege Preis Mk. 3,-

G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront Preis Mk. 10,50

L. Trotzki: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale Preis Mk. 9,-

Clara Zetkin: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg Preis Mk. 10,50

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder vom

### VERLAG CARL HOYM NACHF.

LOUIS CAHNBLEY, HAMBURG 8

Oesterreichs Not

Deutschösterreich hat ein neues Kabinett bekommen. Aber noch weit weniger als das vorige erweckt das neue Kabinett...

Mit diesen Fragen beschäftigte sich der Kreisarbeitererrat von Wien in seiner letzten Sitzung am Sonnabend, aber die wir in der Sonntagsausgabe kurz einen telegraphischen Bericht veröffentlichten...

Das Deutsche Reich gewährt der deutschösterreichischen Regierung einen Kredit in Papiermark, durch den die umlaufenden deutschösterreichischen Kronennoten durch Mark gedeckt werden...

Auch in Deutschösterreich gab es damals Gegner dieses Planes. Diese inneren Widerstände hätten wir leicht überwinden können...

Der politische Anschluss an das Deutsche Reich ist uns durch den Friedensvertrag verboten. Die Regelung unserer Währung nach unserem Bedürfnis verbietet der Friedensvertrag uns nicht...

Damit wäre die Krone der Mark gegenüber stabilisiert und sie würde nur fallen, wenn die Mark fällt, während sie...

bisher immer viel schneller als die Mark fiel. Die Gefahr der völligen Wertvernichtung der Krone wäre beschworen.

Die Gefahr des Ausbruches von Verzweiflungsbestimmungen in der Arbeiterschaft naht. Die Versammlung macht die Regierung, die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien nachdrücklich darauf aufmerksam...

Seit anderthalb Jahren, heißt es in der Resolution weiter, hält uns die Entente mit unerfüllten Kreditversprechungen hin. Kann und will die Welt uns nicht helfen, dann kann sie uns auch nicht daran hindern...

In Deutschland selbst hat das von Bauer angeführte Problem in der Presse ziemlich Beachtung gefunden. Über sowohl die Presse als auch eine Reihe von politischen Persönlichkeiten...

Zur Justizkomödie in Rußland. Die Genossen Banderowde, Th. Liebkecht, Kurt Rosenfeld haben folgendes Schreiben erhalten: Teure Genossen!

Schweren Herzens haben wir erfahren, daß der von der gesamten bolschewistischen Presse gegen Euch inszenierte Verleumdungs- und Lügenfeldzug zu Erscheinungen geführt hat...

Die Inszenierung eines „Volksunwillens“ mit Hilfe gedungener Agenten der Tscheka und einzelner kommunistischer Zellen ist dermaßen augenfällig, daß sie kaum jemand in Verwirrung zu führen vermag...

Diese und ähnliche Tatsachen, die nicht fähig sind, in irgendeinem Maße Euch alte erprobte Führer des internationalen Proletariats zu fränken...

und folgten lachend meinen Fragen, Variationen aber riet mir, die Vorstellungen doch lieber nach dem Abendbrot zu veranstalten...

zurückzureden. Die mit Hilfe der Agenten der Tscheka inszenierte „Empörung des Volkes“ drückt ebensowenig die wahre Stimmung der breiten russischen Volksmassen aus...

In den bolschewistischen Ausschreitungen, die mit Eurem Antritt verbunden wurden, war jedoch etwas enthalten, das uns, die wir nur allzu gut mit den Praktiken der bolschewistischen Macht vertraut sind...

Wir sind nicht sicher, daß diese Szenen in verstärktem Maße mit Beginn der Gerichtsverhandlung nicht nochmals sich ereignen werden. Wir, Seinerzeit der bolschewistischen Macht, haben uns bereits seit langem mit dem Gedanken der Möglichkeit einer gewalttätigen Auseinandersetzung mit uns vermittels eines von der Tscheka inszenierten Vorgerichtes abgefunden...

Die im Gefängnis Besortowo inhaftierten Mitglieder des Zentralkomitees und der Partei der S. R.: A. Goh, Michail Hengelmann, S. Marlow, Eugen Kainer, M. Wedenjapin, S. Slobin, L. Gerkeln, Wladimir Uibof, D. Donskoi, G. Gorkow-Dobrowskij, Florian Fedorowitsch, E. Timofejew, D. Rakow, R. Iwanow, E. Iwanowa, A. Uiberow, Michail Wikatich, R. Attemjew, B. Kaganow, A. Kistowski, S. Iwanow.

Woskau, Gefängnis Besortowo, 28. Mai 1922.

Wahntatsache. Auf der Straße bei Raab entgleichte der Sitzzug Budapest-Graz. Vier Personen wurden getötet, etwa 30 Personen verletzt.

Plötzlicher Tod des Schweizer Gesandten in Berlin. Der neue Schweizerische Gesandte in Berlin, Dr. jur. G. von Carlin, ist am Dienstag nachmittag auf einem Spaziergang in der Steadallee einem Herzschlag erlegen.

Sein Vorgänger, Dr. Alfred von Planta, beiläufig bekanntlich sein Leben auf eine ähnliche plötzliche Art. Nach der Schweiz an das Sterbelager seines Sohnes acell, erlag er einem Schlaganfall.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

aus dem russischen Original von August Schell, veröffentlichtes Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(88. Fortsetzung.) Ich war nicht fürs Dulden geschaffen, und wenn ich zuweilen mich in dieser Tugend der Haustiere, Bäume und Steine versuchte...

Immer stärker wurde in mir der Hang zu mutwilligen Pöffen, an denen die Leute in der Werkstatt ihren Spaß haben könnten.

Ich erzählte ihnen von den Kaufleuten im Nischul-Bazar, wobei ich die einzelnen Personen mitleidig vorführte. Ich brachte den Wilderhandel im Baden zur Vorstellung, die Bauern und Bäuerinnen, die bei uns kauften oder verkauften...

Die Leute in der Werkstatt ließen die Arbeit liegen

und folgten lachend meinen Fragen, Variationen aber riet mir, die Vorstellungen doch lieber nach dem Abendbrot zu veranstalten...

Das Leben rings um mich ward immer unerträglicher, es war mir, als stecke ich mitten in einem häßlichen, brodelnden Größbrenn, in dem auch ich bald gargefotten sein würde.

War denn das menschliche Dasein überall so beschaffen? Werde ich nie etwas Besseres finden, soll auch ich einst so leben wie alle diese Menschen um mich her?

„Du wirst jetzt so böse, Maximitsch, so bissig,“ sagte Schiparew zu mir, während er mich forschend ansah.

Und Sistanow fragte mich öfters: „Sag — was ist mit dir los?“

Ich mußte ihm keine Antwort zu geben. Ich hatte das Gefühl, als schwimme ich in demselben Flusse wie die andern, nur daß das Wasser für mich kälter war als für sie und mich nicht so leicht trug...

Das alles tat mir wohl — dagegen verdroß es mich tief zu sehen, wie sehr sie dem Branntwein frönten, wie widerlich sie sich betrunken, wenn sie heraufst waren...

Ich mußte mich weigern, an die ich nur mit einem ansehnlichen und königlichen Margoj, an die ich nur mit einem

scheuen Gefühle wie an ein entschwundenes Traumbild zurückzudenken wagte?

Meine Gedanken verweilten jetzt nur allzu häufig bei den Frauen, und schon beschäftigte mich auch die Frage: Soll ich nicht am nächsten Feiertag dahin gehen, wohin auch die andern gingen?

„Du wirst jetzt so böse, Maximitsch, so bissig,“ sagte Schiparew zu mir, während er mich forschend ansah.

Und Sistanow fragte mich öfters: „Sag — was ist mit dir los?“

Ich mußte mich weigern, an die ich nur mit einem ansehnlichen und königlichen Margoj, an die ich nur mit einem

Ich will nach Hause, nach Hause! Laßt mich doch nach Hause, ah...

Er war, soviel ich mich erinnere, eine Waise. Seine Eltern waren längst gestorben, Geschwister hatte er nicht — seit seinem achten Jahre lebte er unter fremden Leuten.

In meiner zerissenen, unzufriedenen Stimmung, die durch den Lockruf des Frühlings noch erhöht wurde, entschloß ich mich, wieder auf einem Dampfer Dienste zu nehmen. Bis Astrachan wollte ich fahren und dann nach Persien durchbrechen.

(Fortsetzung folgt)

# Groß-Berlin

## Agrarische Wetterregeln

Gibt's im Januar Eis und Schnee,  
 Geh'n wir mit dem Preis in d' Höhe.  
 In dem Februar; dem kurzen,  
 Muß man rasch den Städler wurzen.  
 Ist der März ein kalter, nasser,  
 Wischen wir die Milch mit Wasser.  
 Wetterwend'ich ist der April,  
 Bauer weiß stets, was er will.  
 Weht das Lüftlein lind im Mai,  
 Steigt im Preis Mehl, Fleisch und Ei.  
 Ist der Juni feucht, nicht heiß,  
 So gedeiht der Kirichenpreis.  
 Gibt's im Juli große Hitze,  
 Lassen wir den Käufer schwitzen.  
 Kommen im August die Schieber  
 Auf das Land, so ist's uns lieber.  
 Ist im Herbst die Ernte gut,  
 Schöpfen wir zum Wucher Mut.  
 Liefern bis zum Jahresend'  
 Doch nicht ab das Kontingent.  
 Gibt's zur Weihnacht Sturmgebraus  
 Schmeckt uns gut der Weihnachtschmaus.  
 Kurz, es gleicht das neue Jahr  
 Dem verschloss'nen auf das Paar.

## Der Schultreik in Adlershof

Der Lehrer Großmann von der weltlichen Schule in Adlershof hat von seiner Nächstbarnungsbesuchung so oft Gebrauch gemacht, daß die Eltern der diesem Herrn anvertrauten Kinder es nicht länger verantworten konnten, ihre Kinder weiterhin einem Menschen anzuliefern, der den Stoff als heftig Erziehungsmitel ansieht. Die wenigsten dieser Lehrer als Erzieher der Jugend aignet, geht wohl auch aus der Tatsache hervor, daß er die Kinder sehr oft mit Hindernis und Knebel und anderen Nennamen bezeichnet. Wegen Ueberziehung des Nächstbarnungsrechts ist Großmann schon einmal von der Schulaufsichtsbehörde verwarnet worden.

Um so mehr muß man sich wundern, daß der Vertreter des Provinzial-Schulkollegiums, Regierungsrat Dr. Scheyn, der in der vorigen Woche sich über die Ursache des Schultreiks informierte, ganz kurz erklärte: Er bedingungslos Lob für den Streik, dann Verhandlung! Bisher glaubten wir, daß die Schulaufsichtsbehörde in allen Fällen, in denen sie Kenntnis von Verfehlungen von Lehrern erhält, aus sich heraus nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, gegen diese Personen vorzugehen. Bei sozialistischen Lehrern hat man recht häufig auf diese Angelegenheit hin ein Verfahren eingeleitet. Es scheint aber so, als ob das Provinzial-Schulkollegium im Augenblick zu hart mit der Ablehnung sozialistischer Aktionen; denen selbst die zuständigen Schulinspektoren glänzende Zeugnisse ausgestellt haben, beschäftigt ist, daß für Verleitung von Prügelpädagogen oder sonstigen ungenannten Lehrpersonen keine Zeit übrig bleibt.

Eine gut besuchte Elternversammlung nahm am Freitag voriger Woche ernste Stellung zu dem Streik und beschloß einstimmig, im Streik zu verharren, bis Lehrer Großmann von der Schule entfernt ist. Sie schickte diesem Lehrer ihre Kinder keinesfalls mehr in die Schule. Geheiratet wird nur in 3 Klassen, worin Großmann unterrichtet. Von den 200 Kindern, die diese Klassen besuchen, sind täglich bis zu zehn Kinder in der Schule. Die Elternschaft sprach dem Leiter der weltlichen Schule Dank und Anerkennung aus und betonte, daß sie gegen seinen Lehrer der weltlichen Schule außer Großmann etwas einzusetzen habe.

## Proletarische Reisebriefe

Von Friedrich Krause

Lago di Garda, 20. Mai

Als ich von Lione zum Turonepäß hinaustieg, hatte ich nochmals einen unbeschreiblich schönen Ausblick nach den riesigen Gletschern der Adamellogruppe. Bis 3565 Meter erhoben sich die Spitzen des Massives mit ihren blauweißen glänzenden Firnen. Die schmelzende Sonne tauchte die Gipfel in flüchtiges Gold und milchige Wolkenfetzen verfluchten über die Grate zu kommen, so daß es aussah, als ob die Höhen des Adamello rauchten. In der Ferne rollte der Donner an den Wänden der Täler entlang; tief unter mir lagen, schon im Halbdunkel des Abends, die Siedlungen wie sauber aufgetautes Spielzeug — es war ein Anblick, der den Blick klar und das Herz weit werden läßt.

Uebrigens fiel mir in den Städtchen und Dörfern des Trentino auf, daß eine Straße stets Via 3. oder 4. November benannt ist. Die Erklärung? An einem dieser beiden Tage sind 1918 die italienischen Truppen bei der Verfolgung des vollständig aufgelösten österreichisch-deutschen Heeres, als Sieger und Vertreter begrüßt, in diese Drifftstadt eingerückt! Ich mußte hier, an unser beschränktes Bürgertum denken, das sich noch heute krampfhaft an den phantastischen Glauben klammert, daß Deutschland nicht den Diktatfrieden von Versailles hätte schlucken müssen, wenn es in jenen Tagen noch länger im Krieg durchgehalten hätte. Der Erfolg wäre an den Fingern abzuzählen gewesen. Um die Mitte des November hätten voraussichtlich die von allen Seiten Polen, Böhmern, Tschechen einrückenden Ententetruppen die kramelbäckigen besetzten Bürgertums geplündert, hätte Deutschland alle Kriegsgrenze selbst im Lande gehabt. Auf den Knien hätten diese Leute den Männern danken, die sich damals in der Stunde der Gefahr in die Bresche warfen und Deutschland vor dem Schlimmsten bewahrten, es retteten! Jetzt bietet dieses wehrhafte verachtungswürdige Bürgertum die feigen Deserteure des November winkend an. Das versteht niemand im Ausland und daher das Mißtrauen gegen uns, unter dem wir alle leiden. Ich bekräftige hier auf italienischem Boden den Entschluß in mir, unsere inneren Feinde bis aufs Letzte zu bekämpfen.

In einem schönen Morgen machte ich mich früh auf, um Hinabstiegen zum Gardasee. Eine Biegung des Weges — mit einem Aufblick blieb ich überrascht, betäubt stehen. Tief unter mir blaute ein in der Sonne glühender Spiegel — der Lago di Garda. Links erstreckte sich Arco mit seinen herrlichen Maueranlagen, seinen bis jetzt noch lebengebundenen Rinnen des Krieges und der vollständig erhaltenen Schützengräben. Rechts — zwischen Weinbergen — Niva,

Demnach wird sich eine öffentliche Versammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigen und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich der Streik infolge des Verhaltens des Provinzial-Schulkollegiums auf andere Klassen und schließlich auch auf die anderen Schulen im Orte ausdehnt. Das Verhalten des Provinzial-Schulkollegiums in der nächsten Zeit wird geeignet sein, weiten Kreisen darüber die Augen zu öffnen, bis zu welchem Grade die Schultreikaktion in der Dunschkammer des Provinzial-Schulkollegiums ihr Unwesen treibt.

## Potsdamer Husarentag

Es sind schon wieder bald vier Wochen verfloßen, daß Potsdam nicht der Schauplatz eines reaktionären Rummels mit militärisch antirepublikanischem Charakter war. Der Husarentag, verbunden mit einer Denkmalenthüllung hat dazu einen glänzenden Hintergrund. — Am Vormittag des 12. Juni fand zunächst ein Feldkonzert in Luftgärten statt. Dazu fanden sich mehrere Hunderte ehemalige Angehörige des Husarenregiments ein. Ein großer Teil der Offiziere in den alten Uniformen des Regiments. — Auch eine Eskadron Reichswehrkavallerie war dazu abkommandiert. Mit Pauken und Trompeten, unter Abspielen des Marsches „Friedrichs Rex“, unter Königin und Herr, unter dem Kommando „Angen rechts“ zog in starrer Haltung, wie zu Wilhelm's Zeiten, die Husareneskadron an „Seiner Königlichen Hoheit Prinz Eitel Friedrich (Schiebrich)“ nebst seiner Offiziersgesellschaft vorbei. Vorkämpfermäähia lenkte der kommandierende Offizier der republikanischen Garde seinen Degen, vor dem fröhlichen Dohlenzollersproßlina. — Das ist die Garde, die unter Republikaner Gehtler liebt. — Mit klingendem Spiel zogen Kriegervereine und Reichswehr durch die Potsdamer Straßen zur Enthüllung des Denkmals. — Auch dort wurden Neben geschwungen, und dann fand das übliche nationalistische Getratsche statt.

In auffälliger Weise schaltete wieder die Potsdamer Schupo herein und unterritten, deren Chef der wohl nicht ganz unbekannt General v. Ribowitz ist, die Veranstaltung. Auch dieser Vorzug ist wieder ein Beweis, daß republikanische Reichswehr in treuer Gesinnungsgemeinschaft mit unseren reaktionären Militaristen steht. — Gehtler verbietet allerdings der Reichswehr die Teilnahme an Veranstaltungen gewisser Militärvereine, aber was tut es: „Der Gehtler denkt und seine Offiziere lesen.“ — Der Republikaner aber, dem es ernst ist mit der Republik, fragt sich, wie wird's enden? —

## Abschluß der Verhandlungen im Ausschuss für die Nord-Südbahn

Der Betrieb der Nord-Südbahn durch die Stadtgemeinde Berlin war umwänglich geworden durch die Tatsache, daß infolge der Agitation der bürgerlichen Parteien der Stadt die notwendigen Mittel zur Fertigstellung des Baues nicht zur Verfügung gestellt wurden. Es bedurfte daher der Gründung einer Aktiengesellschaft, an der neben der Stadt auch das Privatkapital beteiligt ist. Die Geldgeber legten der neugegründeten Gesellschaft auch noch die Verpflichtung auf, mit der Betriebsführung eine auf dem Gebiete des Hoch- und Untergrundbahnwesens erfahrene Gesellschaft zu betrauen. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte nach Verabschiedung des Gesellschaftsvertrages der Nord-Südbahn-A.G. einen Ausschuss mit der Verhandlung des Betriebsovertrages zwischen der A. S. A. G. und der den Betrieb führenden Gesellschaft. Die Grundlage der Verhandlungen bildete ein von der Hochbahn-Gesellschaft vorgelegter Betriebsvertrag, der sich aufbauend auf der Vergütung der Selbstkosten zuzüglich eines prozentualen Aufschlages auf die Selbstkosten, der zwischen 2 und 12,5 Prozent schwante, und einer Beteiligung am Gewinn in Höhe von 5 bis 20 Prozent. Dieser ursprüngliche Vertrag enthielt eine Reihe von Bestimmungen, die unter keinen Umständen akzeptiert werden konnten, und war es deshalb Aufgabe des Ausschusses, dem Vertrag eine Gestalt zu geben, der für die Stadt annehmbar war.

In monatlangen Verhandlungen hat ein Unterausschuss eingehende Verhandlungen mit verschiedenen Gesellschaften gehabt. Das Resultat dieser Verhandlungen wurde am 12. Juni dem Hauptausschuss unterbreitet und von ihm einstimmig genehmigt. Danach soll die Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen die Betriebsführung der Nord-Südbahn übernehmen, und zwar auf der Basis eines Einzeis von 13 Prozent des Bruttoüberschusses. Der Bruttoüberschuss,

ist der Betrag, der verbleibt, nachdem von der Gesamteinnahme der Nord-Südbahn alle Betriebskosten abgezogen sind. In den Betriebskosten gehören nicht Kapitaldienst, Wagnis, Abschreibungen und Rücklagen für Erneuerungen.

Auch sonst sind gegenüber dem ursprünglichen Entwurf immerhin beachtenswerte Verbesserungen erzielt worden, z. B. in Bezug auf die Haftpflicht bei eintretenden Schäden, die Bedingungen für die Bestellung der zum Betrieb erforderlichen 40 Wagen in Hochbahnform und eine Reihe anderer Bestimmungen, die im Rahmen dieses Berichtes einzeln aufzuführen, zu weit führen würde.

Angeht die Tatsache, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Betriebsführung durch die Stadt selbst nicht erfolgen kann und im Hinblick auf die tatsächlichen Verbesserungen des ursprünglichen Vertrages sowie unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, daß das Verkehrsministerium möglichst bald dem Betriebe übergeben wird, haben die Vertreter unserer Fraktion im Ausschuss ebenfalls zugestimmt.

Es wird in einem späteren Zeitpunkt noch die Möglichkeit gegeben sein, ausführlicher auf die Angelegenheit einzugehen.

Es besteht nach dem augenblicklichen Stand der Arbeiten die begründete Aussicht, daß die Bahn ihren Betrieb am 1. Dezember 1922 oder doch spätestens am 1. Januar 1923 aufnehmen kann.

## Berufswahl und Berufsamt in Neukölln

Die zahlreichen Lieferungsaufräge aus dem Auslande und die hiermit verbundene kostbare Produktionssteigerung in nahezu sämtlichen Branchen Deutschlands nötigt nicht zuletzt die in Frage kommenden Großbetriebe, sondern auch viele kleinere Unternehmer zur erheblichen Verstärkung ihres Personalbestandes. Diese Tatsache wird bereits bekräftigt durch die allgemein beobachtete starke Verminderung der Erwerbslosen. Neben der Einstellung von vielfach ungelerten Kräften ist aber ein großer Teil der Arbeitgeber auf die Heranbildung eines gediegenen Stammpersonals bedacht. Die ausgebildeten Lehrlinge rücken nach und nach in meist gut bezahlte Stellen auf und ermöglichen so anderen jungen Leuten den Eintritt in freiberwerbende Berufe. Allgemein haben sich Eltern und Erzieher trotz der vielfach verlockenden hohen Entlohnung der Schulentlassenen doch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß eine gute berufliche Ausbildung nach wie vor als die gesündeste Grundlage für das spätere Fortkommen jedes jungen Mannes anzusehen ist. Einen ehrenvollen Beweis hierfür liefern z. B. die beim städtischen Berufsamt Neukölln bewirbten Anmeldebildungen von Lehrlingen für die verschiedensten Berufsgruppen. Nach Ablauf des letzten Schuljahres wurden im März 119 und im April 77 Lehrlinge zwecks Verbringung in geeigneten Stellen gemeldet, und zwar waren die kaufmännischen Berufe mit 38 Anmeldungen am stärksten begehrt, ferner vorwiegend der Schneider-, Tischler- und Maschinenbau-Beruf. In der weiblichen Abteilung haben sich im März 95, im April 89 Bewerberinnen für verlässbare Berufe vorzeichnen lassen. Der Beruf der kaufmännischen Angestellten, der Buchhalterin usw. steht auch hier mit 20 Anwärterinnen an der Spitze, der der Konfektionsschneiderin und Verkäuferin mit je 25 an zweiter Stelle. Nicht alle Berufswahlwünsche werden sich insofern mit Rücksicht auf die in einzelnen Berufszweigen vorhandene frasse Ungleichheit von Angebot und Nachfrage verwirklichen lassen; immerhin wird es jedoch vornehmste Aufgabe der städtischen Berufsberatung bleiben, entsprechend den Forderungen und Neigungen der Schulentlassenen diese nach Möglichkeit einem geeigneten gleichwertigen Beruf zuzuführen. Zweckdienliche Auskünfte in allen diesbezüglichen Angelegenheiten erteilt das städtische Berufsamt Neukölln, Erzstr. 23 I, Zimmer 118, werktäglich außer Sonnabend in der Zeit von 9—1 Uhr.

Mietezuschlag und Quibeschlag. Wie reimt sich das zusammen? Den Rekord, den ein Hauswirt dadurch aufstellte, daß er bei den Erhaltungsaufträgen nach § 10 der bis zum 1. Juli geltenden Mietsmietenverordnung die Kosten für ein Glas Voithier erlegt haben wollte, hat jetzt ein anderer Hauswirt überbissen. Dieser ist Obh- und Gemüschändler, hält Pferd und Wagen, hat seinen Mietern außer anderen Ausgäben, die mit dem Hausbesitz in gar keiner Verbindung stehen, auch die Kosten für den Fußbeschlag seines Wagens in Rechnung gestellt. Weßhalb nicht auch die Kosten für W.-C.-Papier oder für Skulpturen? Natürlich wurde der Anspruch, der dem Geschäftsinhaber alle Ehre macht, vom Mieteneinigungsamt glatt abgewiesen.

In der milden Luft „erholen“. Im Winter sind sie hier, im Sommer im Seebad und in der übrigen Zeit auf Reisen! Hier müht ihr her, ihr zahllosen Opfer des Kapitalismus; ihr bleichen Lungenerkrankten, ihr wühlängigen Unterekzematischen, ihr traurigen Kriegsversehrten! Hier ist ein Paradies in der Wirklichkeit, nicht bloß ein erträumtes. Eines, um das man kämpfen kann und soll, auf das es allen erschlossen wird.

In Salo gibt es der großen Hitze wegen keine Fenster, sondern nur Holzläden, so daß man abends das Leben und Treiben der Bewohner in den Zimmern beobachten kann. Am Abend fuhr ich von Salo an der geheimnisvollen Jfoia di Garda vorbei nach Sirmione. Unterwegs konnte ich das interessante Treiben der Sardinen- und Kafforellenfischer beobachten und hatte einen weiten Blick bis zum Turm von Solferino. Seit dem Tage der Schlacht von Solferino (1859) gibt es bekanntlich das Rote Kreuz, das immerhin einen Fortschritt im Barbarenzeitalter des Kapitalismus bedeutet.

Gründerepidemie. Es ist wieder einmal eine Gründerepidemie ausgebrochen. Sozusagen eine Direktorgrüppe. Ob diese Grüppe alle werdenden Direktoren auch zur Krippe führen wird, das wird der Herbst und wird der Winter lehren. Denn im Herbst sollen ja die vielen geplanten Gründungen bereits ins Leben gerufen sein. Die Gründerepidemie tritt diesmal einseitig auf, sie befallt nur Leute, die mit Theater und Film etwas zu tun haben. Theodor Tager, ein bedeutender Bühnenschriftsteller, der bereits zweimal an Vertuier Theaterern aufgeführt wurde, eröffnet in unmittelbarer Nähe des Zoologischen Gartens — diese Gegend emvackelt sich langsam um theatralischen Zentrum Berlin — bereits im Oktober eine, etwa 500 Personen fassende „Renaissanceschule“. Auf der das seine literarisch nicht allzu sehr exponierende Taktspiel deslegen will. Der frühere Direktor der Tonenbüchlichtspiele, Klopfer, baut am Kurfürstendamm ein mit aller Pracht ausgehattetes Filmführungs-Theater. Helmut Goldberg, vormalig Direktor des neuen Volkstheaters, gründet mit dem bekannten Theateradmann Revilla eine neue Bühne. Ein großer Filmkonzern will im Herbst ein neues Lichtspiel-Uraufführungshaus eröffnen, die Berliner Kassen fragen sich mit dem Gedanken, neben den bestehenden Kabarets russischen Zuschnittes ein eigenes russisches Theater im Zeichen zu bauen, und ein skandinavisches Konsortium will einen großen Saal mieten, ihn hübnengemäß umbauen und dort das nordische Drama kultivieren. Der Gründungen und der Pläne zu Gründungen sind für den nächsten Herbst gerade genug. Es wird im Oktober nicht so heiß geoffen wie im Juni gekocht wurde.

trotzdem die Sonne noch hoch am Himmel stand, im Schatten der hell aufstrebenden Felsenberge. Mit einem Jubelschrei begrüßte ich das erste Hauptziel meiner Reise.

Nachdem sich ein Gewitter aufgelöst hatte, fuhr ich in einem Boot nach Lorbolo. Hier suchte ich den Fleck auf, von dem Goethe 1786 sagte, daß er hier den schönsten Ausblick seines Lebens gehabt habe. Ich verweilte zwei Stunden, ohne mich von dem prächtigen Panorama trennen zu können. Rechts liegt Niva großartig an die hohen hellen Felsenwände gelehnt. Näher heran der befestigte Monte Brione; ringelnde Palmen, blütenreiche, farbenfrohe Gärten, lastig grüne Weinberge und, vor allem auch Delbaumhaine. Links wieder hochaufragende Bergketten, die den See hier als Fjord erscheinen lassen, zu Fuß der tiefschneise See mit Segelbooten, weiterhin der Ponalesfall und materialisch an die Felsen geschmiegt Häuschen. Im Hintergrund ruht der azurblaue Himmel mit der weiten Seefläche zusammen. Ein Gemälde idyllischer Schönheit und großer erhabener Linien. Dazu umfächelte der süße Dravind düstelmwanger die heiße Stürne — ich schwelgte in dieser südländischen Natur, die für uns Nordländer stets ihren überwältigenden Reiz behalten wird. Hier versteht man, was unsre Vorfahren immer wieder mit unwiderstehlicher Gewalt über die Alpen in dies Sonnenland gezogen hat — hier glaubt man ein Stück der Erklärung jener Römerzüge, die die deutsche Entwidlung des Mittelalters so tief gefürcht haben, mit Augen zu schauen. Mit dem schönen weissen Dampfer Jialia fuhr ich nach Limone. Hier leuchteten am Ufer aus grünem Laube reife gelbe Zitronen. Braune halbnackte Burtschen und Mädchen kamen an Bord und vertrieben ganze Zweige mit daranhängenden Früchten, zum Beigen, daß sie noch frisch seien. Für 1 Lire (15 M.) erstand ich nach langem Feilschen 6 Stück und sah die saftigen Zitronen, die außerordentlich munden und den Durst löschten.

Dann fuhr ich über Malcesine und Tremosine nach Gargano, um von hier die Riviera entlang über Gardone nach Salo zu wandern. Schöner kann kein Paradies gedacht werden, als dieses Stück Ufer! Cypressen, die wirkungsvollen Fimien, Kaktanen, Maulbeeren, Vorbeer- und Delbaumweiden mit Palmen verblühter Art und Größe, mit blütenüberfüllten, schwer duftenden Büschen und südländischen Pflanzen jeder Art. Ein immergrüner Garten und alles inavigler Entfaltung und überreicher Fülle. Grün-schillernde Eidechsen huschen über den Weg, herrliche, grellbunte Schmetterlinge und Falter umgaulen die Blüten; Maultierpfade winden sich am heißen Fels hinan auf das Plateau. Dort sitzen im Olivenhain Durst und Mädel ein unsagbar melodisches Duett — hier ist es eine Lust zu leben. Deshalb sehen auch am Ufer zahlreiche prunkvolle mar-marne Paläste, in denen sich solche, die es nicht nötig haben,

# Berliner Stadtverordnetenvorversammlung

Verschleppung der Arbeiterkassen durch die bürgerlichen Parteien. Die Straßenbahnanlage an einen Anhöfen verweisen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Vorlage über die Erhöhung der Löhne der händlichen Arbeiter für Mai und Regelung der Bezüge der nicht ständig Angestellten vom 1. April 1922 ab.

Stadt v. Schumacher (Rom.) beantragte den Mantel mit dieser Beratung zu verbinden und heute noch zu verabschieden.

Stadt v. Schwarz (Sp.) lehnt den Schiedsspruch ab, da die Spannung zwischen den Löhnen der ungelerten Arbeiter und der Handwerker zu gering sei.

Ebenso Stadt v. Radian (Da.). Er beantragte Ausschüßberatung und namentliche Abstimmung.

Dem freien Stadt v. Schumacher (Rom.) und Zimmermann (Uz.) entgegen.

Verschiedene Vertreter bürgerlicher Parteien bekämpfen die angebliche Gleichmachung bei den Löhnen der gelerten Arbeiter und verlangen Ausschüßberatung. In namentlicher Abstimmung wird der

**Antrag auf Ausschüßberatung mit 84 gegen 80 Stimmen angenommen.**

Zur Annahme gelangt ein dringlicher Antrag Dr. Wegl (Uz.), wonach die Altpensionäre der Straßenbahn in ihren Pensionslöhnen mit den anderen Pensionären gleichgestellt und ihnen

**zur Vinderung ihrer Not sofort ein Vorshuß gezahlt werden soll.**

Die Anträge der Kommunisten betr. den Berliner Selbstschutz wird vom Stadt v. Dr. Rosenberg begründet und heißt auf die Tatsache an, daß an dem Grabe der ehemaligen Kaiserin Augusta am 14. April ein Kranz mit der Aufschrift niedergelegt worden sei: „Der deutsche Frau gewidmet vom Berliner Selbstschutz“. Der Redner schildert unter wiederholter Unterbrechung von rechts und links den Selbstschutz als eine geheime Kampforganisation und fragt, welche Schritte der Magistrat zu tun gedenkt, um die Berliner Bevölkerung vor den Gefahren dieser Org. Organisation zu schützen.

Stadtfondus Baue erklärt, daß der Selbstschutz bereits aufgelöst sei und jetzt darüber im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens vom Amtsgericht entschieden werden wird. Es wird die Verprechung der Anträge beschlossen, doch soll die erst in der nächsten Sitzung stattfinden.

Die Vorlage über die Einstellung der Darlehensgewährung aus Mitteln der händlichen Darlehenskasse wurde nach längerer Aussprache an einen Ausschüß verwiesen. — Eine Reihe kleinerer Vorlagen gelangte ebenfalls zur Annahme.

Stadt v. Merz (Dem.) berichtete über einen Ausschüßantrag, Unternehmung und Darlehen zur

**Erhaltung der Frachtkassen des Pettevereins**

zu bewilligen. — An der Aussprache beteiligten sich die Stadt v. Dr. Woenstein (Uz.), Dr. Rosenberg (Rom.), Fr. Dr. Meyer (D. Sp.), Dr. Steiniger (Dnt.) und Kaspar (Nehrl.). Der Ausschüßantrag wurde angenommen. Die Straßenbahnanlage wird in Uebereinstimmung aller Parteien einem Ausschüß überwiesen.

Stadt v. Tröll (Dnt.) erbat die Bericht über die Beschlüsse des Ausschüßes zu der Vorlage über die Verabschiedung weiterer Spiel- und Sportplätze. Der Ausschüß empfiehlt zu bewilligen; für Projekt Hippodrom 6 Mill., Schönholzer Heide 2 Mill., Reindendorf, Scharnweberstraße 3 Mill., Reußlin 8 Mill., Wilmersdorf 25 Mill. und Steglitz 300 000 M. Der Ausschüßantrag wird unter Erhöhung des Beitrages für Steglitz auf 500 000 M. angenommen.

Bei der Beratung der Vorlage über die vorläufigen Satzungen für die Werkdeputation fordert Stadt v. Doerr (R.), daß an Stelle der Bürgerdeputierten Betriebsräte in die Deputation berufen werden, was abgelehnt wird.

Da die Bürgerlichen selber etwas beunruhigt waren über den Erfolg ihrer Sabotage in der Lohnfrage, wurde im einberufenen Arbeiterausschüß beschlossen, 90 bzw. 80 Proz. des Lohnes als Vorshuß auszuzahlen.

Die Sitzung wird um 9 Uhr nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen geschlossen.

# Der Arbeitsmarkt Ende April

Die Besserung des Arbeitsmarktes hat auch für April aufgehört. Die Zahl der erwerbslos gemeldeten Gewerkschaftsmitglieder ist auf 94 v. D. gesunken und hat damit den bisher überhaupt erreichten niedrigsten Stand erreicht. Die Frankenkassen weisen im April einen weiteren Zuwachs von 285 000 Mitgliedern auf. Die Zahl der durch die Erwerbslosensfürsorge Erkrankten ist von 212 572 am 1. März auf 118 302 am 1. April, und 60 017 am 1. Mai gesunken. Inzwischen ist eine weitere erhebliche Senkung der Zahl der Unterstützungsempfänger eingetreten. Dazu trägt jedoch außer der allgemein günstigen Lage des Arbeitsmarktes die unnachlässigliche Sperrung der Unterstützung bei langfristigen Arbeitslosen bei, die bereits zu erheblichen Beschwerden an das Arbeitsministerium führte.

Es darf aber nicht über den günstigen Zahlen des Arbeitsmarktes die nahe Gefahr einer neuen Absatzkrise mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend übersehen werden. Immer deutlicher wehren sich die Zeichen einer heranrückenden Krise. Die unzulängliche Preispolitik von Industrie und Landwirtschaft hat die Spannung zwischen dem Innern und dem äußeren Wert unserer Zahlungsmittel immer geringer werden lassen und damit eine der Hauptursachen unseres Export- und Importhandels gebracht. Noch läßt sich nicht übersehen, wann und in welchem Umfange die Krise eintreten wird, aber kommen wird sie. Es kann daher nicht entzweit werden, daß die Behörden der Arbeiter und der Unternehmer, die Maßnahmen anrufen werden: Baue vor! Schon jetzt für Vereinfachung von wirtschaftlich notwendigen Arbeiten, damit später die Erwerbslosen aufgefunden werden können!

# Deutsch-französische Friedenskundgebung

In einer überfüllten Versammlung im Lehrervereinssaal sprachen am Dienstagabend die zurzeit hier weilenden Vertreter der französischen Liga für Menschenrechte zu ihren deutschen Gesinnungsgenossen. Dieselben Redner hatten schon bei der Kundgebung im Reichstag am Sonntag die deutsch-französische Annäherung und Veröhnung prophezeit.

Die Veranstaltung trug vorwiegend einen rein politischen Charakter, den auch Eduard Bernstein und Heinrich Brödel analytisch wahrten.

Eine echt sozialistische Rede hielt allein der bekannte Sozialist Dr. Rucznicki, der den internationalen Charakter der deutschen Kapitalisten scharf brandmarkt und die deutschen Arbeiter dringend ermahnt, über dem künftigen Geschick über die Höhe der Reparationskosten nicht die weit schlimmere Ausbeutung durch die deutschen Kapitalisten und Agrarier zu vergessen.

Nicht die Einheitsfront gegen Frankreich gelte es zu schaffen, sondern die Einheitsfront aller Proletarier gegen das internationale Kapital.

Von deutscher Seite sprach außer den bereits Genannten noch Redakteur Böttler, i. auf die Kundgebung am 30. Juli hinwies. Als Uebersetzer fungierte Herr von Gerlach, der auch einige „nationale“ Zwischenrufe schlagfertig zum Verschmähen brachte.

Von französischer Seite sprachen die Abgeordneten Buisson und Renaudel, die Professoren Ruffin und Pasch, von denen besonders Renaudel und Pasch härmlichen, sich immer wiederholenden Weisall ernteten.

Die alle derartigen internationalen Kundgebungen machte auch die im Lehrervereinshaus einen tiefen, nachhaltigen Eindruck auf alle Teilnehmer.

Wichtiger als das Reden ist und bleibt aber das Handeln. Mögen die Arbeiter aller Länder ihre Pflicht erfüllen.

**Elternbeiräte.** Freitag, abends 7 Uhr, pünktlich, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9 eine Zusammenkunft der U.S.P.D.-Elternbeiräte Groß-Berlins (einschließlich der höheren Schulen) statt. Die Mitglieder des Aktionsausschüßes treffen sich um 5 1/2 Uhr an derselben Stelle. Erscheinen aller Elternbeiräte ist der wichtigen Tagesordnung wegen dringend erforderlich.

**Sprech-Chor.** Aus Anlaß der Reichsbildungskonferenz der U.S.P.D. findet am 9. Juli 1922 im Großen Schauspielhaus eine Feterkünde statt. Sämtliche Mitglieder des Sprech-Chors müssen am Donnerstag pünktlich abends 7 1/2 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9, zur Uebungsstunde erscheinen. Texte von Mäble, Wähle mable und Laa des Proletariats sind mitzubringen.

**Wirkung des Sensationsfilms.** Gestern abend erschien der 15jährige Schloßlehrerling Ernst Schmidt aus der Rathausstraße 14 in Valence auf der Valence-Bade und teilte in völliger Verzweiflung mit, daß er gegen 3 1/2 Uhr seinen Freund, den in demselben Hause wohnenden 15jährigen Schüler Willa Grodzanski, mit einem Terzerol erschossen habe. Beide Knaben hatten den Detektivfilm „Harry Piel“ gesehen und wollten ihn in der elterlichen Wohnung des Grodzanski zur Aufführung bringen. Schmidt gab dabei als Detektiv auf den flüchtenden Verbrecher, seinen Freund G., einen Schuß ab, der die geschilderte verhängnisvolle Wirkung hatte.

**Chronik der Lebensmüden.** An ihren Schürzenbändern ergängt hat sich Dienstag vormittag die 80 Jahre alte Witwe Marie H. in ihrer Wohnung in der Hubener Straße. Als man die Greisin auffand, war der Tod bereits eingetreten. Ein unheilbares Seiden hatte sie in den Tod getrieben. — Aus Liebesschmerz vergiftete sich Dienstag abend die 22 Jahre alte Arbeiterin Julie H. im Humboldthain mit Zypol. Man schaffte die Genußlose nach der Rettungsstelle in der Badstraße, wo ein Arzt ihr den Magen auspumpte. — Die 19jährige Margarete H. aus Weichensee sprang vorgestern abend in das dortige Gewässer, wurde aber von Passanten wieder herausgezogen und nach der Weichensee Rettungsstelle gebracht.

**Todesprung aus dem Fenster.** In einem Anfall von Weisheit sprang Dienstag morgen die 50 Jahre alte Frau Anna K. aus einem Fenster ihrer Wohnung in der Schönhauser Allee drei Stockwerke tief in den Hof hinauf und blieb mit zerstreuten Gliedern tot liegen.

# An das Groß-Berliner Proletariat!

**An die proletarische Jugend!**

Immer höher schlagen die Wellen der reaktionären Bewegung. Immer frecher erhebt die Konterrevolution ihr Haupt. Es mehren sich die Zeichen, daß die Monarchisten und Nationalisten aller Schattierungen ihre Zeit für gekommen halten. Der deutsche Sport — die dem Deutschen Reichsausshüß für Weibbedübungen“ angeschlossenen Sportverbände — ist erwiesenermaßen Hochburg aller dieser Bestrebungen. Proletarier, denkt an die Hindenburg-Sportfeste, an den „Frontkampftag“, jener konterrevolutionären Versammlung, dem der „Deutsche Reichsausshüß“ als getreuer Knecht das Stadion im Branenwald, eine Sportstätte, zur Verfügung stellte. Am 18. Juni werden sich wieder dieselben Kreise in etwas anderer Aufmachung im Stadion zusammenschließen, um die unter dem Namen „Deutsche Kampfspiele“ laufende Generalprobe der Konterrevolution abzuhalten. Proletarier, Groß-Berlins, an Euch ist es, zu zeigen, daß Ihr nicht gewillt seid, diesem Beutnen totentlos zuzusehen, an Euch ist es, zu zeigen, daß Ihr diese Mächtigkeiten durchschaut, an Euch ist es, zu beweisen, daß das Proletariat seine Gegenmaßregel getroffen hat.

Die Arbeiter-sportler Groß-Berlins, Eure Klassengenossen, rufen Euch auf, mit ihnen gemeinsamen Protest zu erheben. Sie werden am

**Sonabend, den 17. Juni, eine machtvolle Kundgebung veranstalten.** Abends 5 Uhr versammeln sie sich an folgenden Treffpunkten:

- 1. Friedrichshain (am Märchenbrunnen).
- 2. Humboldthain (Oskar-Meer-Allee).
- 3. Kleiner Tiergarten (Stromstraße).
- 4. Halleisches Tor (Mäher-Platz).
- 5. Hermannsplatz (Reußlin).
- 6. Görlitzer Bahnhof (Spreewaldplatz).
- 7. Bahnhof Franzfurter Allee.

Von dort werden die Demonstrationszüge durch die Straßen Berlins zum Volkspark marschieren, wo Arbeiter-sportler Euch sagen werden, wer die bürgerlichen Sport-organisationen sind und in welchen Diensten sie stehen.

Proletarier, erscheint in Massen! Es geht um Eure Sache! Gemeinsam müssen wir unsere Stimme erheben:

- Kampf gegen die Reaktion!
- Gegen die reaktionäre nationalistische Best!
- Gegen jede offene und verdeckte Militarierung für die Zwecke der Bourgeoisie!
- Gernad aus den bürgerlichen Sport- und Jugendverbänden!
- Einlein in die Arbeiter-Sport- und Jugendorganisationen!

**Parteiverband für Sport und Körperpflege Groß-Berlin.** gez. Robert Weisblücker.

**Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksverband Berlin-Brandenburg.** gez. Richard Krille.

**Sozialistische Proletarierjugend Berlin-Brandenburg.** gez. Krause.

**Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.** gez. Sabath.

**Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Internationalen), Bezirksverband Berlin-Brandenburg.** gez. Weisser.

**Kommunistische Jugend Deutschlands, Bez. Nn.-Brandenburg.** gez. Büra.

# Gewerkschaftliches

## Aufgaben der Betriebsräte

**Generalversammlung der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.**

Am 13. Juni fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin statt. Die den Bericht für das vergangene Geschäftsjahr entgegennahm und sich über die zu leistende Arbeit einigte.

Genosse Emil Barik erläuterte den Geschäftsbericht. Einleitend ging er auf die Geschichte der Arbeiterbewegung ein. Beim Ausbruch der Revolution hätten die Massen und die damaligen Kampfader, die Räte, nicht gewußt, wie sie ihre Macht ausüben sollen. An Stelle der Schaffung eines einheitlichen Deutschlands, der Uebernahme der Macht durch das Proletariat, hat man 23 Ministerpräsidenten für 23 verjagte Monarchen eingesetzt und nun fclern — die Reaktion triumphiert! Die Kämpfe zwischen Räten und politischen Parteien und folgend zwischen Räten und Gewerkschaften haben den Räten ihre Stellung in der Arbeiterbewegung geschaffen, um die wirtschaftspolitische und arbeitsrechtliche Aufbau- und Kulltürungsorganisation zu sein.

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale als Teil der freien Gewerkschaften nahm die Arbeit in der Zeit auf, als noch der Kampf zwischen Räten und Gewerkschaft nicht abgeschlossen war und der Kampf Moskau-Amsterdam tobte. Die außerpolitischen Zustände, die Zerrung zwangen die Betriebsräte, sich mehr als es gut war, um wirtschaftliche Fragen zu kümmern und ihre Aufgabe zu vernachlässigen.

Die Arbeitslosenfrage ist nicht wegen der Verlagerung des U. D. G. B. nicht gelöst worden, sondern die Arbeiterchaft hat selbst nicht genügend Solidarität geübt.

Zwischen Generalversammlungen haben sich mit weltwirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Von der Unternehmungskommission muß die Betriebsrätezentrale eine ordnungsgemäße Abrechnung verlangen, um die Unterstützung der Hinterbliebenen der Revolutionsofoper, eine Ehrenpflicht der Arbeiterchaft, übernehmen zu können. Näher beleuchtete der Referent den Kampf der Eisenbahner und händlichen Arbeiter. Es ist notwendig, bei jedem Solidaritätsstreik auch den wirtschaftlichen Einfluß auf Führung und Beendigung des Kampfes zu geben. Das war beim Eisenbahnerstreik nicht der Fall und deshalb sei die Haltung der Gewerkschaften gerechtfertigt. Für das Beamtentrecht wurde fast ausschließlich gekämpft, das reaktionär ist, da es die soziale Lage in dem elenden Zustand erhält.

Etwas 100 Gruppenvollversammlungen fanden statt, die jedoch in Zukunft besser besucht werden müssen.

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale zählte im 1. Trimester 1921 1800 Schaler, im 1. Trimester 1922 bereits 2000. Auch hier ist eine größere Ausnutzung der Bildungsmöglichkeit unbedingt erforderlich. Die Einnahmen betrugen: 550 000 M. die Ausgaben, 522 000 M. für das Geschäftsjahr.

Der weiteren Behandlung der zukünftigen Arbeit der Betriebsrätezentrale schloß Genosse Barik einen weltwirtschaftspolitischen Heberblick voraus. Nur eine allgemeine Verabschiedung der Schuldenlast kann Hilfe bringen. Ruhstand muß in den Weltwirtschaftsdrogen eingegeführt werden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind geradezu erbärmlich in Anbetracht der Warenpreise. Im Aufsichtsrat haben die Betriebsräte darüber zu wachen, daß nicht die Arbeiterchaft, und der Staat betrogen wird, und die Kapitalverschleierung in dem bisherigen Maße unmöglich wird.

Mit dem Wunsch, daß nicht Kleinliche Gesichtspunkte, sondern das große Ziel der Sozialdemokratie, maßgebend für den Kampf der Arbeiterchaft sein möge, schloß der Referent sein mit Beifall aufgenommenes Referat.

In der Diskussion verließen Vertreter der SPD. Kritik an der Arbeit der Gewerkschaften und der Parteien zu üben. In der Diskussion trat Genosse Schiemann dem entgegen, der für eine praktische Arbeit ohne Phrasologie eintrat. Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung vertagt.

## Zur Gründung des neuen Beamtenbundes

Vom Deutschen Eisenbahnerverband wird und geschrieben: Die U. S. Korrespondenz (Sozialgenoss), bekannt durch ihre tendenziöse und sensationell zugespitzten Zeitungsmeldungen, verbreitet eine Nachricht, die mit den Tatsachen im Widerspruch steht. Wie schon wiederholt, so sind auch diesmal die interessierten Kreise gezwungen, sich gegen unwahre Behauptungen zu wenden. Schon die Ueberchrift der Notiz „Der Ausschüß der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnen“ fordert zum Widerspruch heraus. In der Notiz selbst wird ausgeführt, daß die erweiterten Vorstände der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und des Deutschen Eisenbahnerverbandes in den nächsten Tagen in Leipzig zusammenkommen und eine wechselseitige Bescheidung der Leistungen sowie auch des von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einderufenen Gewerkschaftskongresses Zustandemgegenüber ist festzustellen, daß von einer Vertretung der Reichsgewerkschaft auf dem Leipziger Kongress keine Rede ist, und daß die Reichsgewerkschaft mit diesem Kongress nicht in Verbindung gebracht werden kann. Weiter schreibt die U. S. Korrespondenz, der Deutsche Eisenbahnerverband habe der Reichsgewerkschaft einen erheblichen Beitrag zugunsten der gemetregelten Beamten zur Verfügung gestellt. Durch diese Behauptung soll offenbar der Eindruck erweckt werden, als habe der Deutsche Eisenbahnerverband die Reichsgewerkschaft gewissermaßen gekauft. Auch diese Behauptung ist völlig erundet. Bei den Verhandlungen zwischen den beiden Organisationen ist seitens der Reichsgewerkschaft ausdrücklich feigekehrt worden, daß es nicht finanzielle Schwierigkeiten wären, die sie an den Verhandlungstisch brächten.

Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die übergroße Mehrzahl der Reichsgewerkschaftsmitglieder den neuen Kurs nicht mitmache, weil angeblich die Mehrzahl der Beamtenschaft von einer solchen Verpflückung nichts wissen will. Hoher der Schreiber dieser Zeilen diese Kenntnis hat, die ist sein Geheimnis. Richtig ist, daß die Mehrzahl der Beamtenschaft den alten, vom Deutschen Beamtenbund eingeschlagenen und jetzt auch von der neugegründeten Gewerkschaft der Reichsbahnbeamten übernommenen Kurs nicht mehr mitmacht, weil er in den Abgrund führt. Deshalb wird das Groß der Beamten, soweit nicht darüber schon bestimmte Erklärungen vorliegen, den Weg in die neue auf streng gewerkschaftlicher Grundlage gebunden Beamtensorganisation finden.

Einigezeit kann noch werden, daß diese neue Spitzenorganisation für Beamte in parteipolitischer und religiöser Beziehung vollständig neutral ist. Die bevorstehende Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wird in dieser Beziehung völlige Klarheit schaffen und sie wird auch der reaktionären U. S. Korrespondenz und ihren Hintermännern den Beweis erbringen, daß hier nicht die Organisationspolitik einiger radikaler Elemente der Beamtensbewegung vorliegt, sondern eine historische Notwendigkeit, die sich gegenüber allen Anfeindungen durchsetzen wird.

Neuregelung der Bezüge der Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Arbeiter

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Verband der Angehörigen der Reichs-, Staats-, und Kommunalbeamten, Angestellte und Arbeiter...

Infolge der rapiden Geldentwertung und der damit verbundenen steigenden Forderung sind die unterzeichneten Organisationen...

Die Organisationen beabsichtigen, der Regierung konkrete Vorschläge über die Neuregelung der Bezüge des Personals bei Beginn der Verhandlungen zu unterbreiten...

Da der Reichstag voraussichtlich nur bis zum 28. d. M. zusammenbleiben wird, dürfte schneller Handeln geboten sein...

Wie wir hören, dürfte bei den voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Verhandlungen mit der Regierung auch die Beamtenverbände beteiligt sein...

Krise in der Metallindustrie?

Der Schiedsspruch mit drei Viertel Stimmenmehrheit abgelehnt.

Das Urabstimmungsergebnis vom 12. Juni hatte folgenden Teilergebnis:

Abgestimmt haben 328 Betriebe mit 80 496 Stimmen. Für Annahme stimmten 18 227 und gegen 60 904 Stimmen. Ungültig waren 1967 Stimmen.

Eine große Zahl der Kollegen war durch Urlaub resp. Krankheit verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen.

Die in Frage kommenden Verwaltungsorgane nehmen zu der nunmehr geschaffenen Tatsache Stellung und werden die Mitglieder laufend über die gefassten Beschlüsse unterrichten.

Beendete Lohnbewegung der Hochbahner

Nachdem das Personal der Berliner Hoch- und Untergrundbahn den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Juni 1922 abgelehnt hatte, fand am 9. d. M. eine erneute Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband...

Die durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers am 1. Juni d. J. festgesetzten Löhne und Gehälter gelten bis zum 31. Juli mit folgendem Maßstab:

Die durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers am 1. Juni d. J. festgesetzten Löhne und Gehälter gelten bis zum 31. Juli mit folgendem Maßstab: Für den Monat Juni erhöhen sich die Löhne um 1 M. für das gesamte männliche Personal...

Zu diesem Angebot nahmen die Funktionäre des Betriebes Stellung, die dasselbe ablehnten, da es eine Regelung für den Monat Juli vorsah...

Die Abstimmung fand bereits am Montag, den 12. d. M. statt und ergab mit kleiner Stimmenmehrheit die Annahme des Angebots des Arbeitgeberverbandes.

Somit ist die Lohnbewegung bei der Hochbahn beendet.

Verbandstag der Brauer und Müller

In Dresden trat am 12. Juni der 21. Verbandstag der Brauer und Müller im dortigen Gewerkschaftshaus zusammen. Aus dem Ausland sind Vertreter aus der Schweiz, Desterreich, Ungarn, Dänemark und Belgien erschienen...

Der Vorsitzende Bader eröffnete die Tagung. Sodann wurde die von der Leitung der Verbandstages beauftragte Tagesordnung zur Abstimmung gebracht...

Die Abstimmung fand mit großer Mehrheit die Annahme des Angebots des Arbeitgeberverbandes.

Die Abstimmung fand mit großer Mehrheit die Annahme des Angebots des Arbeitgeberverbandes.

Den Vorkandberichter ergänzt Köppler, während Bittendorf den Kassenbericht erläuterte und für eine bessere Finanzierung der Hauptkasse eintritt.

Einer der Alten!

Am Montag, den 12. Juni 1922, ist wiederum mal einer der Alten dahingegangen, Fritz Knoop, im Alter von 67 Jahren.

Schon während des Sozialistengesetzes, als es galt, die ganze Person einzufrieren, war Fritz Knoop stets in den vordersten Reihen zu finden.

Sein Ableben bedeutet ein herber Verlust für die Arbeiterbewegung. Die Einäscherung findet am Freitag, den 16. Juni cr., vormittags 10 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, Berliner Straße 101/103 statt.

"Sympen des Schlachtfeldes". Wir veröffentlichten in Nr. 240 einen Auszug aus einem Artikel des russischen Bulletin, der auf amtlichen Angaben fußt...

Gewerkschaftsunterkartei für den 15. Verwaltungsbezirk. Alle Gewerkschafts-Kollegen des Verwaltungsbezirks 15 werden ersucht...

USPD-Metallarbeiter Charlottenburg. Am Donnerstag, den 15. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, Versammlung aller in Charlottenburg arbeitenden Genossen...

Lohnbewegung im Ladenseifenenergie Groh-Berlin! Am 12. Juni fanden die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne statt.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland. In England waren Ende April 174 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder erwerbslos gemeldet.

Parbeiteranstaltungen

Donnerstag, den 15. Juni.

9. Bezirk. Voranfrage. Am 18. Juni findet das Bodfest in der Jungfernhöhe statt.

10. Bezirk. (Gefundbrunnen). Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigung am 14. Juni. 11. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

4. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr. Sitzung der kommunalen Kommission im Sitzungssaal der Bezirksverwaltung, Langener Straße 10.

15. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

13. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

Vereinskalender

Donnerstag, den 15. Juni.

Transportarbeiter-Verein, Gruppe Chemnitz. Abends 7 Uhr im Mitternachtsklub, Sedanstraße 39. Gruppenversammlung.

10. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

Abends 7 Uhr im Krematorium Wilmersdorf. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

13. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

10. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

10. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

10. Bezirk. 1. Abteilung. Die Einäscherung eines verstorbenen Genossen Joseph Kiepke findet nachmittags 4 Uhr im Krematorium Wilmersdorf statt.

Volks-Reise-Verband. Geschäftsstelle: Neukölln, Mühlener Straße 53. Ferien-Fahrten 1922. 10. Juli - 6. Aug. 1. Fichtelgebirge.

Möbel. auch zu billigen Preisen, zu lange Vorrat reich. Bar od. Teilzahlung. Wohnungseinrichtung.

Ver'ausf. Beständige Billiger! Einem Müller Verkauf: Bestenfalls 150, 192, 276, 340, 410, 480, 550.

Kleine Anzeigen. Annoncenregal. Eisenbüchse 400. Möbel. Kindertwagen. Gut und billig. Kaufgesuche. Fahrräder.

Möbel-Cohn. Gr. Frankfurter Str. 53. 5 Min. v. Alexanderpl. Sadstraße 47-48. 5 Min. v. Bbl. Oestrich.